

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis:
Täglich 70 Goldpfennig, monatlich 2.10 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinland, Österreich, Litauen, Lügenburg 2.50 Goldmark, für das übrige Ausland 3.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Die-ling und Abergarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Schmuck“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreise:
Die einseitige Kopierzeile 0,70 Goldmark, Restzeile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflöslig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 17. Juli 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 06 — Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Macdonalds Eröffnungsrede.

Zweifel am Erfolg in London. — Schwarzseherei in Paris.

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Londoner Konferenz ist am Mittwochvormittag 11 Uhr im Auswärtigen Amt eröffnet worden. Die Delegierten hatten sich vorläufig und pünktlich versammelt. An der Spitze der hiesigen Delegation sahen Macdonald und Herriot. Der englische Kolonialminister Thomas war nicht als Vertreter der englischen Dominions anwesend, sondern mehr als Assistent Macdonalds. In seiner Eröffnungsrede sagte Macdonald, daß die Konferenz die Bedingungen festzustellen habe, unter denen der Dawes-Plan durchgeführt werden soll. Die erste sei die finanzielle und ökonomische Einheit Deutschlands und die zweite sei die Sicherstellung für die Kapitalgeber, die die Anleihe von 800 Millionen Goldmark ausbringen und das Geld beschaffen sollen, um den Dawes-Plan ins Werk zu setzen. Diese Erklärung Macdonalds wurde von den französischen Delegierten mit Schweigen angehört.

Herriot sagte in seiner Ansprache, daß jeder der Teilnehmer an dieser Versammlung sein Vaterland liebe, und daß jeder den Frieden wünsche, aber alle hätten den Wunsch, die Interessen ihrer Völker, die durch den Krieg gelitten haben, zu schützen und durch Veröhnung der widersprechenden Interessen der Konferenz zu dem Ergebnis zu verhelfen, das im Interesse des Friedens erwartet werden müsse. Für die Vereinigten Staaten sprach der Botschafter Kellogg. Er sagte, daß die Vereinigten Staaten nicht zu den Signatarmächten des Versailler Vertrages gehören und darum auch auf dieser Konferenz nicht mit demselben Gewicht vertreten seien als die anderen Nationen. Aber die amerikanische Vertretung sei hier im Geiste williger Mithilfe. Das amerikanische Volk hoffe mit seiner Regierung, daß die Annahme des Sachverständigenberichts der erste große Schritt zur Stabilisierung Europas sein werde.

Nach Beendigung der Begrüßungsansprachen wurde Macdonald einstimmig zum Präsidenten gewählt. Generalsekretär wurde Sir Maurice Hapten. Macdonald übernahm sofort den Vorsitz. Es folgte die Besprechung von Geschäftsordnungs- und Organisationsfragen. Unter anderem wurde darüber beraten, wieviel Sachverständige von jeder einzelnen Delegation zugelassen werden sollten. Insgesamt sind drei Ausschüsse gebildet worden, die alle vorgelegenen Beschlüsse der Konferenz vorbereiten sollen.

Außerordentliche Schwierigkeiten.

London, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Eröffnung der Londoner Konferenz war gekennzeichnet durch den Mangel an optimistischer Stimmung. Die bei solchen Gelegenheiten meist zur Schau getragene Wille, alles stand unter dem Eindruck der außerordentlichen Schwierigkeiten, die in der französischen Presse mit großem Eifer und in England mit größter Zurückhaltung behandelt werden. Der im Schoße der Reparationskommission ausgebrochene Konflikt zwischen dem französischen Vorsitzenden Barthou und dem englischen Mitgliede der Reparationskommission Bradbury ist in die Öffentlichkeit gedrungen und hat den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht. Dieser Konflikt ist nur eine Zeile Erscheinung der Schwierigkeiten, die die Londoner Konferenz zu überwinden hat. Viel bemerkt wird, daß Macdonald in seiner Rede die Notwendigkeit der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit besonders betont hat. Diese Forderung wird so gedeutet, daß Macdonald, nachdem er in Paris bis an die Grenze des Entgegenkommens gegangen ist, um ein Kompromiß zu finden und die Konferenz zu retten, er nun in London den englischen und amerikanischen Standpunkt mit großer Festigkeit wahrhaft will. Zumal ihm die Anfechtung der deutschen Reparationsforderungen einen großen Widerstand Macdonalds gegenüber den Rücksichten auf Frankreichs innerpolitische Lage wünschten. Andererseits erkennen die interalliierten Staatsmänner die wachsende Dringlichkeit zur Regelung der Sicherheitsfrage und der Lösung des Problems der interalliierten Schulden. Da diese Fragen von der Lösung der Reparationsfrage abhängig sind und zu erwarten ist, daß sie nur in Angriff genommen werden, falls die Londoner Konferenz Erfolg hat, dürfte auch Frankreich gezwungen sein, alles zu vermeiden, um die Konferenz zu gefährden.

Am Mittwochabend wurde in offiziellen Kreisen mitgeteilt, daß die deutsche Regierung an Macdonald am Mittwoch eine zusammenfassende Darstellung der offiziellen deutschen Stellungnahme zum Sachverständigenplan hat überreichen lassen.

Vorläufige nur Ausschußsitzungen.

London, 16. Juli. (W.B.) Reuter erfährt, daß heute keine zweite Plenarsitzung der Konferenz abgehalten wurde, und daß auch wahrscheinlich keine stattfinden wird, bis die drei Kommissionen, die sich mit den verschiedenen strittigen Einzelfragen beschäftigen, ihre Berichte vorgelegt haben. Die drei Kommissionen trafen heute abend zusammen und verhandelten ungefähr zwei Stunden. Morgen werden sie wieder zusammentreten. Die Kommissionen, die sich mit der Autorität der Reparationskommission beschäftigen, vereinigen mit Rücksicht auf die Sicherheit für die Geldgeber in Frankreich und Großbritannien

ihre Bemühungen, um die Anwesenheit eines Amerikaners in der Reparationskommission für den Fall eines deutschen Bezuges sicher zu stellen. Sollte sich diese Lösung als unmöglich erweisen, so werden vielleicht Schritte unternommen werden, um den Generalagenten für die Reparationen zu berufen. Alle Punkte, die den Kommissionen überwiesen worden sind, haben in hohem Maße technischen Charakter und werden alle in der englisch-französischen Note der letzten Woche unter den Abschnitten c, d und e beschrieben.

Einladung an Polen?

Warschau, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf Einladung der englischen Regierung wird Polen an der Londoner Konferenz teilnehmen.

Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt; wird Polen eingeladen, so kann man z. B. die Tschechoslowakei nicht fernhalten. Indessen — wenn Griechenland und Südbaltische Reparationsmächte sind, warum denn nicht auch Polen und schließlich selbst die Tschechoslowakei, wenn auch das Gebiet der letzteren im Krieg zentralmächtig gewesen ist und Feindbeschäden, vielleicht in Karpatenland, höchstens durch Ententeheere erlitten hat.

Der amtliche Bericht.

London, 16. Juli. (W.B.) In der Eröffnungsrede Macdonalds auf der heutigen interalliierten Reparationskonferenz heißt es dem heute abend 8 Uhr ausgegebenen Communiqué zufolge: Meine ersten Worte und Gedanken sind die des Willkommens im Namen sowohl meines Landes als auch meiner Regierung an die Vertreter der Nationen, die während der Kriegsjahre, an unserer Seite kämpften und die jetzt die Verantwortung teilen, Europa Frieden und Sicherheit zu bringen. Die Nachkriegsprobleme sind zahlreich und verwickelt gewesen und es lag in der Natur der Dinge, daß wir bezüglich ihrer nicht immer gleicher Ansicht sein konnten. Aber jedesmal, wenn wir verschiedener Meinung waren, haben wir einen neuen Beweis von der gebieterischen Notwendigkeit der Einigkeit erhalten, wenn unser Sieg wirklich Europa sowohl für große Mächte als auch für kleine Nationalitäten sicher machen soll. Nichts hat uns mehr gehindert, als die wirtschaftlichen Probleme, die aus dem Krieg entstanden sind und unter diesen sind die Reparationen ein der schwierigsten gewesen. Zu Beginn des letzten Jahres entstanden erste Meinungsverschiedenheiten unter uns über diese Frage, die, wenn nicht ein starker Wille in unseren Herzen gewesen wäre, zu lässigen Folgen hätten führen können. Schließlich beschloß die Reparationskommission mit Zustimmung der Regierungen einen Ausschuss von Sachverständigen zu ernennen, um das ganze Problem zu erforschen und uns bei seiner Lösung zu leiten. Im April lieferte uns der Ausschuss einen Bericht, der nicht nur durch seine Fähigkeit, sondern auch durch seine Einstimmigkeit allen von uns eine gebieterische Verpflichtung auferlegte, ihn unverzüglich zur Durchführung zu bringen. Wir haben

bisher eine Politik verfolgt, die nicht nur verfehlt hat, die erwarteten Reparationen einzubringen, sondern die als Folge einer Unbefähigkeit der Gemüter bei den in Betracht kommenden Völkern geführt hat, zu einem Anwachsen des aggressiven Militarismus und zur Verstärkung einer Furcht, die jedes Sicherheitsgefühl ausschaltete.

Die Nationen haben nicht eine Hoffnung vom Abbrechen eines friedlichen Tages erblift, sondern in eine graue Aussicht drohender Gefahr geschaut. Es ist unsere Pflicht, dies zu beenden und zu versuchen, die neue Gelegenheit zu ergreifen, um glücklichere Aussichten zu schaffen. Ich unterschätze keineswegs die Schwierigkeiten unserer Aufgabe. Andererseits hoffe ich jedoch, daß Sie nicht die Aufrichtigkeit unseres Wunsches, sie zu überwinden, unterschätzen.

In einigen seiner Vorschläge ist der Bericht vielleicht ansehbarer. Aber wir sind von den Sachverständigen gewarnt worden, daß er als ein Ganzes genommen werden muß. Und wer ihn immer sorgfältig untersucht hat, wird zu demselben Schluß kommen. Wir dürfen nicht versuchen, seine Einzelheiten abzuändern, sonst fallen wir wieder in die Meinungsverschiedenheiten, in denen wir uns früher so oft befunden haben. Versuche, Vereinbarungen über kleine Dinge von geringfügiger Bedeutung zu finden, werden stets fehlschlagen.

Der Bericht fordert nicht nur Verpflichtungen von Deutschland, sondern auch von uns. Wir müssen ihm eine Chance geben.

Wir müssen unsere Maßnahmen so anwenden, daß wir Bedingungen schaffen, unter denen der Plan, wie uns gesagt worden ist, arbeiten wird, und von diesen Bedingungen sind zwei unbedingt wesentlich: erstens, daß die wirtschaftliche und finanzielle Einheit Deutschlands wiederhergestellt wird, zweitens, daß angemessene Sicherheit den Gläubigern gegeben werden kann, die erlucht werden sollen, eine sehr große Anleihe vorzutreten, welche die Grundlage des Planes ist. Der Mechanismus, durch den dies getan werden soll, bietet einige Sicherheit, und ich bin überzeugt, daß die Schwierigkeiten überwunden werden können, und daß wir als Schlußwort unter unsere heutigen Beratungen das Wort schreiben können, das unseren Beschlüssen lange fehlte, nämlich das Wort: „Erfolg!“ Die Methode, durch die die Sachverständigen ihre Arbeit geleistet haben, kann von uns selbst geprüft werden. Der Dawes-Ausschuss hat einen scharfen Unterschied zwischen wirtschaftlichen und politischen Erwägungen gezogen und sich auf die ersteren konzentriert. Der erste Satz, der Schlüssel des Berichts selbst, gibt den Schlüssel zu der Lage.

(Fortsetzung auf der 3. Seite.)

Ratifiziert endlich!

Ein Nachwort zur Internationalen Arbeitskonferenz.

I. W. Genf, 14. Juli.

Die Presse des Bloc national hat Herriots Arbeitsminister Godard mit ihrem besonderen Zorne verfolgt, weil er in Genf den Deutschen zu weit entgegengekommen sei. Ganz mit Unrecht. Die französische Reaktion mag beruhigt sein, man hat von deutscher Seite aus nichts getan, was ihre geheimen Ängsten, es möge doch noch einst zu einer Allianz der Vernünftigen und Ehrlichen in beiden Ländern kommen, recht geben würde. Wenn eine solche Allianz irgendwo einer aufmerksamen internationalen Zuhörerschaft vor demonstriert werden konnte, so auf der letzten Arbeitskonferenz. Deutschland hatte die große Gelegenheit, auf sozialpolitischem Gebiet eine befreiende Geste zu tun, indem es für den Arbeit und den Arbeitgeber eintrat und darüber hinaus sein Ja zu den internationalen Plänen zum Schutze der Arbeit gab. Man wartete darauf — es kam eine unglaublich törichte Rede des Herrn Vogel für die deutschen Industriellen, der eine gemundene Erklärung der deutschen Regierung voranging, und man gab keine Antwort mehr auf die Rede von Thomas. Es sei denn jenes seltsame Wolff-Telegramm mit dem historischen Satz: „da das deutsche Volk beschlossen hat, mehr zu arbeiten...“

„Deutschland will anscheinend seine Isolierung“, sagte ein neutraler und sonst sehr wohlwollender Beobachter nach diesen Vorgängen. Das ist das Entschärfende. Mehr und mehr schließt sich der Kreis internationaler Abmachungen auf sozialem und politischem Gebiete. Es ist leicht, über den Völkerbund zu spotten, noch leichter, von der Redaktionsstube der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aus gegen das Internationale Arbeitsamt zu donnern, das sich erhebt, dem deutschen Arbeiter wie den Arbeitern der Welt in seinen elementaren Rechten beizustehen. Man übersieht, daß durch eine ständige Zusammenkunft und Zusammenarbeit der besten Köpfe in der ganzen zivilisierten Welt doch allmählich eine Atmosphäre des Vertrauens und des Verstehens für gegenseitige Lebensnotwendigkeiten geschaffen wird, in der später einmal die große Völkergemeinschaft leben kann. Selbst Rußland, um nur ein Beispiel zu nennen, versteht das besser als Deutschland. Es hat, einer unwidersprochenen Meldung zufolge, seine Beobachter auf der Arbeitskonferenz gehabt und es hat dem Völkerbundrat auf seine Abrüstungseinladung hin in einer Weise geantwortet, die zumindest noch weitere Diskussionsmöglichkeiten offen läßt. Aber Deutschland rührt sich nicht. Es lebt hinter einer chinesischen Mauer von Vorurteilen und gefüllt sich — zum Teil — in einem törichten Stolz der Ablehnung gegen das Ausland, ein Zeichen einer gefährlichen Verkennung des tatsächlichen Zustandes.

Gewiß, Deutschland ist zurzeit Objekt der großen Politik, nicht Subjekt. Das mag berechtigte Einwände erregen — die aber keine Möglichkeit zu lebensfähiger Politik sind, mögen sie noch so „national“ empfunden werden. Man glaubt, klug zu sein, wenn man nur die eigenen „Belange“ wahrnimmt — und ist nicht einmal pfiffig. Der deutsche Industrielle, der die Notlage des Arbeiters zum Mehrarbeitsdiktat benutzt und damit ein neues Dumping plant, dürfte z. B. nur auf den härtesten und vereinten Widerstand des fremden Kapitals stoßen und die Taktik einer Reichsregierung, die vor lauter Bedenken und weiter gewünschten Garantien den Eintritt in den Völkerbund verzögert, der von allen anderen Staaten heute als kontinentale Staatsnotwendigkeit betrachtet wird, muß schließlich in den internationalen Verdacht der Indifferenz, wenn nicht von Schlimmerem, kommen.

Jedermann weiß heute, wie verhängnisvoll falsch die Einstellung des deutschen Kaiserreichs zum Haager Schiedsgericht gewesen ist. Und doch scheint es, als ob die deutsche Republik aus der Geschichte nichts gelernt hätte und entschlossen wäre, zu ihrem eigenen schweren Nachteil die Rolle eines Saboteurs aller internationalen Bestrebungen weiter zu spielen.

Statt praktische Politik zu treiben, gefällt man sich in der ewigen Wiederholung, der böse Wille der „anderen“ würde ein Zusammenarbeiten unmöglich machen. Warum etwas vorwegnehmen, was doch schlimmstenfalls erst die Erfahrung rechtfertigen müßte! Heißt das nicht, dem Gegenpartnern schon vor Beginn des Spieles Unehrlichkeit zu unterstellen, den eigenen bösen Willen allzu deutlich zu manifestieren? Die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeit würde die Möglichkeit der öffentlichen und internationalen Debatte über alle Fragen bringen, die auch deutsche Interessen berühren, und die Auswirkungen würden bestimmt andere sein, wenn wir mit den „anderen“ an einem Tische saßen — anstatt allein draußen vor der Tür zu stehen und uns dann der Briefträger, wenn nicht gar der Gerichtsvollzieher, die Ergebnisse der internationalen Beschlüsse übermitteln.

Was wird aber nachher sein? Es werden nachher keine Wunder geschehen, die Begrenztheiten sind nun einmal da, aber wir werden aus unserer allzu langen Vereinsamung heraustreten und uns wieder mit den anderen in eine Reihe stellen. Wir werden wieder begreifen lernen, daß man den Interessen des eigenen Landes am besten dient, indem man sie richtig versteht in ihrer notwendigen Verknüpfung und Bedingtheit mit denen der anderen Länder und Völker.

Kanitz und die nationale Arbeit.

Er kennt weder Geschichte noch Gegenwart.

Das von uns bereits gewürdigte Interview, das der Reichsminister Graf Kanitz einem Vertreter des WTB. bescherte, verdient noch in einer ganzen Reihe von Punkten die besondere Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft und des deutschen Volkes überhaupt. Das Interview enthält folgende interessante Stelle:

Agrarzölle, wenn sie mäßig sind, bewirken unbedingt die Hebung der heimischen Agrarproduktion, desgleichen aber auch mit dem Steigen der Kaufkraft der Landwirtschaft die Hebung der industriellen Produktion, somit also bessere Arbeits- und Lohnbedingungen bei der Industrie.

Graf Kanitz macht sich damit die Beweisführung zu eigen, die von den Vertretern des „Schutzes der nationalen Arbeit“ immer wieder und mit gleicher Unrichtigkeit geltend gemacht wird. Es hätte dem Grafen Kanitz wenig Mühe gekostet, den inneren Gehalt dieser hohlen Phrase näher nachzuprüfen. Er hätte sich nur bei dem Vertreter der bürgerlichen ökonomischen Wissenschaft zu informieren brauchen, der so eigentlich als der Vater des jetzt von den Agrariern so viel gepriesenen Systems vom Schutz der nationalen Arbeit anzusprechen ist und vor hundert Jahren den Grund zu dem System der „Erziehungszölle“ gelegt hat. Es ist dies Friedrich List, der allerdings das Gegenteil von dem Hochschutzzoll auf Agrarprodukte für richtig gehalten hat. Er schrieb nämlich:

Mit Zöllen kann man die landwirtschaftliche Produktivität, den „Bodenwert“, nicht steigern, weil die Landwirtschaft dadurch nicht instand gesetzt wird, zu ergiebigeren Produktionsbedingungen überzugehen, sondern nur dazu veranlaßt wird, schlechten Boden anzubauen und somit höhere Produktionskosten anzunehmen.

Ist aber die Voraussetzung, von der Graf Kanitz ausgeht, falsch, kann durch den Schutzzoll auf die Dauer keine Intensivierung der Landwirtschaft herbeigeführt werden, so ist auch die Schlussfolgerung hinfällig, wonach die Industrie von den erhöhten Agrarpreisen profitieren kann.

Die Ahnungslosigkeit des Grafen Kanitz erstreckt sich aber nicht auf die Vergangenheit. Im weiteren Teile des Interviews wandte er sich dagegen, daß in der Presse behauptet wurde, die Steigerung der Getreidepreise sei auf die Zollvorlage und die Ausfuhrfreigabe zurückzuführen. Mit seltener Kühnheit stellt er dagegen die Behauptung auf, der Hauptgrund für das Steigen der Getreidepreise sei die Hausse auf dem Weltmarkt. Graf Kanitz hätte sich an Hand der Preisberichte des deutschen Landwirtschaftsrates darüber unterrichten können, daß die Getreidehausse am Weltmarkt schon Wochen vorher begonnen hat, ehe sie auf den inländischen Markt zurückwirkte. Die amerikanischen Getreidepreise waren bereits um mehr als 15 Prozent gestiegen, ehe der deutsche Markt auch nur die geringste Neigung zeigte, dieser Bewegung zu folgen. Erst an dem Tage, an dem die Freigabe des Exports auf Umwegen am Produktmarkt bekannt wurde, setzte in Deutschland die schroffe Preissteigerung ein, die die Anpassung der Inland- an die steigenden Weltmarktpreise einleitete. Es mag dahingestellt bleiben, ob diese Angleichung des Inlands- an das Weltmarktpreisniveau im Laufe längerer Zeit nicht ohnehin erfolgt wäre; Tatsache ist jedenfalls, daß sie in diesem Zeitpunkt ausgelöst wurde durch die Exportfreigabe. Und es blieb der höchsten Amtsperson, die es für diese Dinge in Deutschland gibt, vorbehalten, das Gegenteil der allgemein bekannten Vorgänge zu behaupten.

Das Interview steht sachlich also auf demselben Niveau wie die famose Begründung der Zollvorlage, die sogar offenbare und von uns festgestellte Unrichtigkeiten enthält. Graf Kanitz ist ein schlechter Minister für die Landwirtschaft, wenn er die produktionshemmenden Wirkungen der Schutzzölle nicht erkennt. Er ist ein noch schlechterer Minister für Ernährung, wenn er noch nicht einmal die Vorgänge am deutschen Getreidemarkt beobachten kann und trotzdem nicht davor zurückschreckt, Getreidezölle zu propagieren, die eine in die Milliarden gehende Belastung des deutschen

Konsums herbeizuführen drohen. Man wird von ihm allerdies erwarten dürfen.

Die deutsche Arbeiterschaft hat allen Anlaß, sich gegen diese Art der Behandlung der Zollfrage zur Wehr zu setzen.

Das Zentrum hält zu Marx.

„Germania“ gegen „Lokal-Anzeiger“.

Der Vorstoß, den die Deutschnationalen gestern im „Lokal-Anzeiger“ zum Sturz des Reichskanzlers Marx unternahmen, hat auch die „Germania“ auf den Plan gerufen. Das Berliner Zentrumsbüro konstatiert die Gefahr, daß durch diesen Gewaltvorstoß „die ganze Zentrumspartei alarmiert wird“. Die deutschnationale Presse arbeite, gestützt auf die starken Erweiterungswünsche der Volkspartei, auf die Sprengung der gegenwärtigen Regierungskoalition hin. Schließlich gibt die „Germania“ den Kanzlerstürzern folgendes zu bedenken:

Im Übrigen können wir dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ im besonderen versichern, daß er die große Bürgerkoalition nicht dadurch gewinnt, daß er den Reichskanzler Marx aus dem Kabinett hinausdrängt. Im Gegenteil, dann am allerwenigsten.

Damit ist gesagt, daß der Kanzler, den die Deutschnationalen wünschen, sich zwar seine Mehrheit im Reichstag suchen kann, aber sie nicht finden wird.

Die Hausfuchung im Reichstag.

Eine neue Entscheidung Waltrafs.

Die kommunistischen Reichstagsabgeordneten hatten verlangt, daß ihnen von den Schriftstücken, die jüngst im Reichstag beschlagnahmt wurden, alle diejenigen zurückgegeben würden, die mit der Morduntersuchung gegen die deutsche Tscheta in keinem Zusammenhang ständen. Dieses Verlangen stützte sich auf die Tatsache, daß der Reichstagspräsident die Genehmigung zur Durchsicht nur in Bezug auf etwaige Verbrechen des Mordes erteilt hatte, was also berechtigt. Nun hat der Reichstagspräsident dem Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof noch die nachträgliche Genehmigung erteilt, auch die auf das Verbrechen des Hochverrats bezüglichen Schriftstücke zurückzugeben.

Diese Praxis des Reichstagspräsidenten scheint uns sehr bedenklich. Wir haben es verstanden, daß die Genehmigung zur Hausfuchung nicht verweigert wurde, wo es sich darum handelte, die Spuren begangener und geplanter Morde zu verfolgen. Hochverrat aber ist ein politisches Delikt. So klar es ist, daß das Parlament jedes Mitglied ausliefern wird, das ernstlich im Verdacht steht, in eine Mordangelegenheit verwickelt zu sein, so sehr wird im Einzelfall überlegt werden müssen, ob die Genehmigung zur Verfolgung wegen Hochverrats erfolgen kann, weil hier die Gefahr einer tendenziösen Verfolgung politischer Gegner nahe genug liegt. Nun wird durch die Beschlagnahme angeblich hochverräterischer Schriftstücke tatsächlich schon ein Verfahren gegen Abgeordnete eingeleitet, ohne daß die Genehmigung des Reichstags dazu erfolgt ist. Herr Waltraf hat damit eine Entscheidung, zu der nur der Reichstag selbst berechtigt ist, in ziemlich eigenmächtiger Weise vorweggenommen.

Zusammentritt des Reichstags am 22. Juli.

Der Reichstagspräsident hat den Reichstag für den 22. Juli zusammenberufen. Die Beratung der auf Grund des Schoepferentscheidungsprotokolls zu verabschiedenden Beschlüsse, die im Entwurf jetzt reiflos fertiggestellt sind, steht noch nicht auf der Tagesordnung. Die Beschlüsse haben die Reparationskommission noch nicht passiert. In der Sitzung vom 22. soll zunächst die Angelegenheit der Immunität des kommunistischen Abg. Thälmann behandelt werden. Anschließend soll ein Antrag des auswärtigen Ausschusses zur Sicherung der Vertraulichkeit der Beratungen des Ausschusses, eine Änderung des § 28 der Geschäfts-

ordnung in Erwägung zu ziehen, beraten werden. Der § 28 bestimmt über die Zusammenfassung der Ausschüsse und der Antrag ist dadurch veranlaßt worden, daß sich die kommunistische Fraktion nicht zur Verschwiegenheit über die Ausschuhverhandlungen verpflichtet hat. Der Antrag wird voraussichtlich dem Geschäftsausschuss überwiesen werden. Ferner stehen auf der Tagesordnung Gesetzentwürfe zur weiteren vorläufigen Regelung des Haushalts für 1924 (Moieta), wegen Verteilung des Gewinnes der Reichsbank für 1923 über das Optionsabkommen zwischen Deutschland und Belgien, über das Eingehen deutscher Festlegungen u. a. Der Reichstagspräsident hat sich vorbehalten, noch weitere Gegenstände auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten tritt am Dienstag, den 22. Juli, vormittags 10 Uhr zusammen mit der Tagesordnung: Außenpolitische Lage.

Mainzer Kundgebung und WTB.

Warum gerade in solchen Dingen so schweigsam?

Doch was fragen, wenn das WTB'sche Telegraphen-Bureau es nicht für nötig gefunden hat, einen Bericht über die Mainzer Friedenskundgebung zu verbreiten? Das WTB. besitzt in Mainz eine eigene Agentur und es ist ausgeschlossen, daß den dortigen WTB.-Redakteuren eine lange vorher angekündigte, von mindestens zehntausend Menschen besuchte Kundgebung völlig entgangen sein sollte. Auch die hohe politische Bedeutung dieser Demonstration, an der sich bekannte französische und deutsche Politiker beteiligt haben, kann nicht einmal der stärkste Gegner der deutsch-französischen Verständigung leugnen. Besonders in der gegenwärtigen Situation war dies ein Ereignis von besonderer Wichtigkeit. Und dennoch brachte WTB. keine Zeile darüber, obwohl es bei Veranstaltungen mit entgegengesetztem Charakter keineswegs immer so enthaltenhaft ist.

Da wir Grund zur Annahme haben, daß WTB. einen eigenen Bericht aus Mainz erhalten hat, würde nur die eine Erklärung übrig bleiben, daß dieser Bericht absichtlich nicht weiter verbreitet wurde. Warum? Aus eigener Initiative oder etwa auf Grund der Anweisung einer höheren Behörde?

Die Rückkehr ins Rheinland.

Die notwendigen Dokumente für die Ausgewiesenen.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat an alle Regierungspräsidenten eine Mitteilung gerichtet, um den Ausgewiesenen, deren Rückkehr von der Rheinlandkommission in das abgesetzte Gebiet gestattet wird, das Ueberfahren der Grenze zu ermöglichen. Dazu ist ihnen, wie der Amtliche Preussische Pressedienst aus der Anweisung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz mitteilt, seitens der Polizeibehörden ihres rheinischen Wohnorts zuzuführen: 1. ein Rückkehrschein des zuständigen Kreisdelegierten, 2. der übliche Personalausweis für die besetzten Gebiete mit dem Stempel „Besetztes Gebiet“. Die Rheinlandkommission hat auf die Vorstellungen des Oberpräsidenten hin ausnahmsweise gestattet, daß dieser Personalausweis ausgestellt wird, ohne daß der künftige Inhaber zuvor unterschreibt. Bismarck darf die Unterschrift nach Ueberführung im besetzten Gebiet nachgeholt werden. — Die Rheinlandkommission wird diese Entscheidung unverzüglich an alle Bezirksdelegierten telephonisch weitergeben.

Fürstbischof und Verfassungslag. Der Kardinal-Fürstbischof von Breslau hat in dem Berordnungsblatt der Diözese Breslau eine Verlautbarung erlassen, in der der Gesellschaft empfohlen wird, des Verfassungstages in ihren Gemeinden soweit als möglich feierlich zu gedenken. Wo die Verhältnisse es gestatten, soll ein feierliches Bittamt veranstaltet werden. Falls hierzu die Möglichkeit nicht gegeben ist, „möge in der Predigt am vorangehenden Sonntage der Anregung entsprochen werden“. Einleitend heißt es in der Verlautbarung des Kardinal-Fürstbischofs: „Der 11. August als Verfassungstag wird auch in diesem Jahre in weitestem Kreise als weltlicher Feiertag feierlich begangen, um die Liebe zu einer sichereren staatlichen Ordnung im Vaterlande zu betonen, um gegenüber den auf Umsturz sinnenden Parteien die christliche Lehre von den Pflichten gegen die Obrigkeit in Erinnerung zu bringen, und um zugleich der Teilnahme an den schweren Leiden der Bevölkerung des Ruhrgebietes und des übrigen besetzten Gebietes von neuem Ausdruck zu geben.“

Gold aus Quecksilber!

Prof. Miethe's epochemachende Entdeckung.

Gold zu machen, war die Sehnsucht des Mittelalters. Unendliche Mühe ist zur Auffindung des „Steines der Weisen“ aufgewendet worden. Alles war vergeblich. Unserer Zeit ist es vergönnt, der Natur der Dinge näher zu kommen. Wir haben fliegen gelernt, wir können künstliche Edelsteine machen, die an Schönheit die natürlichen in den Schatten stellen und an „Echtheit“ mit ihnen weitestehen, und jetzt ist es in stiller Laboratoriumsarbeit auch gelungen — Gold zu machen! Zwar nicht in riesengroßen Mengen, so daß in kürzester Frist unsere Wiedergutmachungsschulden bezahlt und die auf Gold aufgebauten Währungen aller Länder gerettet werden könnten, aber die Tatsache, daß das Ziel der Alchimisten, Gold zu machen, erreicht ist, steht unwiderleglich fest.

Mit unendlicher Mühe und Geduld ist es dem Professor Miethe von unserer Technischen Hochschule, dessen Name sowohl mit der Farbenphotographie als auch mit der Herstellung künstlicher Edelsteine für immer verbunden ist, in Gemeinschaftsarbeit mit seinem Assistenten Dr. H. Stamreich gelungen, den Zerfall des Quecksilberatoms zu bewirken und dabei Gold in analytisch nachweisbarer und wägbarer Menge zu erhalten. Das Gold, das ja einer der Bausteine des Quecksilberatoms ist, wurde dabei in Mengen von der Größenordnung eines hundertstel bis eines zehntel Milligramm gewonnen.

Es handelt sich bei diesen Versuchen nicht um die „Zertrümmerung“ von Atomen in niederatomigen Stoffen, wie sie Rutherford beim Stickstoff, Aluminium, Fluor, Natrium usw. gelungen waren, sondern um den „Zerfall“ eines hochatomigen Stoffes. Die moderne Naturwissenschaft geht von der Annahme aus, daß die Atome, aus denen alles Stoffliche gebildet wird, im allgemeinen denselben Aufbau haben: ein positiv elektrisch geladener Kern im Mittelpunkt wird von negativ geladenen Elektronen umtreift. Die Anziehungskraft des Kerns erhält sie im Gleichgewicht. Also auch im Kleinsten das Abbild des Weltalls. Diese Erkenntnis ist aus der Forschung über die radioaktiven Substanzen erwachsen. Aus dieser modernen Anschauung heraus hat auch Miethe und sein Mitarbeiter sich zu den Versuchen leiten lassen, die zeigen, daß es möglich ist, durch den Zerfall des Quecksilberatoms Gold zu erhalten. Wenn man das Atomgewicht des Quecksilbers gleich 201 setzt und annimmt, daß beim Zerfall Helium mit dem Atomgewicht 4 frei wird, so würde ein Stoff mit dem Atomgewicht 197 übrigbleiben und das eben wäre Gold. Es ist übrigens, wie schon jetzt erwähnt werden mag, bei den im folgenden geschilderten Versuchen nicht gelungen, Helium oder Wasserstoff oder die beim Atomzerfall entstehenden Alpha- oder Betastrahlen nachzuweisen.

Die Versuche, die zur Gewinnung von Gold aus Quecksilber führten, begannen Ende April. Sie erwuchsen aus Untersuchungen,

die die Umfärbung bzw. Rückfärbung durchsichtiger Mineralien und Glasstücke unter der Wirkung ultravioletter bzw. langwelliger Strahlen zum Gegenstand hatten, wozu Quecksilberlampen benutzt wurden. Bei der von Janide herausgegebenen Quecksilberlampe bildeten sich bei der von hoher Belastung schwarze Innenschläge. Dieser schwarze Rückstand wurde analysiert und dabei winzige Mengen Gold gefunden. Nach dem heutigen Stande der Naturwissenschaften dürfte man auf diesem Funde nicht mehr achtlos vorbeigehen. Man vermutete, daß das Quecksilber, dessen Atomgewicht (200,6) dem der radioaktiven Substanzen sehr nahesteht (Radium 226) irgendwie zum Zerfall gebracht worden war.

Rundmehr wurde auf Grund dieser Beobachtungen und Ueberlegungen in systematischer Weise weiter geforscht. Das zur Verwendung gelangende Quecksilber wurde auf seine Reinheit durch Gelechte wie R. G. Hofmann und Haber mit den feinsten Methoden geprüft. Es enthielt keine Spur von Gold. Rundmehr wurde das Quecksilber zu Lampen verwendet, an deren Elektroden eine Spannung von 170 Volt wirkte und deren Anode mit der Außenluft kommunizierte. Die Lampen brannten 20—200 Stunden und verbrauchten hierbei 400—2000 Watt. Es scheint, daß die Goldbildung an ein gewisses Mindestmaß von Spannung und Potentialgefälle gebunden ist.

So ist mit dem Zerfall des Quecksilbers auch der Traum vergangener Geschlechter in Erfüllung gegangen. In wissenschaftlicher Hinsicht, trotz mancher Unklarheiten, eine glänzende Entdeckung. In praktischer Hinsicht, und die spielte ja für alle „Goldmacher“ die Hauptrolle, aber ein mageres Ergebnis. Denn um Gold im Werte von etwa einem Dollar mit den heutigen Methoden herzustellen, braucht man bei Berliner Strompreisen etwa 60 Millionen Mark. Das künstliche Gold ist also das teuerste Metall, das auf der Welt zu finden ist.

In der heute erscheinenden Nr. 29 der „Naturwissenschaften“ (Verlag Julius Springer) gibt Prof. Miethe einen ausführlichen wissenschaftlichen Bericht über seine epochemachende Entdeckung. Wir sind in der Lage, dieses historisch bedeutungsvolle Dokument in unserer 2. Beilage zum Abdruck zu bringen.

Bei mir Radio.

Von Hans Wesemann.

„Eigentlich müßten wir uns auch einen Radioapparat bauen,“ sagte meine gute alte Wirtin, „hier steht ein Artikel im „Vorwärts“, wie leicht das ist, ein paar Drähte und ein Element, und dann haben wir das schönste Konzentrat.“

Ich schwieg vorsichtig, denn die wackere Dams ist der einzige Mensch auf dieser Erde, der meine Strümpfe stopft und — das Unheil nahm seinen Lauf.

Zuerst spannten wir Drähte im Flur, an denen ich mir jedesmal den Hut absetzte oder gar ausbaumelte wie eine gefangene Wachtel.

Dann bauten wir eine Antenne zum Fenster hinaus. Dabei fielen etliche Blumentöpfe herunter und Frau Vinkepank vom ersten Stock auf die Nachtmühle. — Sie fand das nicht in der Ordnung. Dann kam das Schwerste, den Mast auf das Dach setzen. Wir durchbohrten einige Sparren, Planen kamen ins Rollen, der Schornstein wankte, aber flehhaft erhoben hielt ich den Mast und pflanzte ihn ein. Schon triumphierte ich, da fauchte ich in die Tiefe. Mit der großen Seh blieb ich im letzten Augenblick an der Dachrinne hängen. Die Feuerwehrlöcher holte mich dann ab. Und der Verwalter kam nachher mit der quittierten Rechnung, um mir sein Beileid auszusprechen.

Zu Lode ermatet, glaubte ich nun endlich Ruhe zu haben. Aber wer kennt Weiberhergen. Am nächsten Tage ging es von neuem los. Diesmal innerlich. Wir verzichteten auf die Antenne und bauten den Apparat in der Küche. Ein Kartoffelpufferreibeisen, das wir mit dem Drahtgesticht unseres Kanarienvogelbauers bespannten, wurde der Empfänger. In den Kohlenkästen kamen die Elemente, die ich unter der Wasserleitung aufstellte, dann hängten wir unsere aus acht amerikanischen Raugammis hergestellten Kopfhörer um und warteten. Ein Vortrag aus London war angekündigt — lange Zeit kam nichts. Aber plötzlich: „Hören Sie, wie das Meer rauscht!“ rief meine Wirtin und Weibensgefährtin. Tatsächlich, frei nach Schiller, plätscherte, rieselte und sprubelte es gar flehlich — Ach Herrjeses, die Wasserleitung war offen geblieben und ein Dyzan en miniature drang gewaltig durch die Zimmerdecke nach unten, und die Nachbarn kamen mit der Streitmacht, um uns zu erschlagen.

Meine liebe Wirtin aber steigerte mich am nächsten Morgen um 100 Proz., weil ihre Wohnung jetzt Radio habe und dadurch hochherzhaftig geworden sei.

Mit meinem Freunde Amöbius — dem Verfasser des unheilvollen „Vorwärts“-Artikels — habe ich zwar zwei Minuten vertrauliche Zwiegespräche gehalten, aber wer gibt mir meinen Hausfrieden wieder!

Toller aus Bayern ausgewiesen. Zur Entlassung Tollers aus dem Festungsgewächnis Niederschönenfeld wird noch bekannt, daß Toller aus Bayern ausgewiesen und über die bayerische Grenze abgeschoben worden ist.

Da der Dichter die Absicht hat, nach Berlin überzusiedeln, hätte die Regierung des bayerischen Kulturstates sich diese letzte Blamage in Sachen Toller eigentlich sparen können.

Die Direktion der Großen Volkssoper teilt uns folgendes mit: „Zu der in gestrigen Morgenblättern verbreiteten Nachricht über eine Konkurserklärung und eine Exmissionsklage des Baumeisters Sebring gegen die große Volkssoper hat deren Direktion festgestellt, daß beim zuständigen Amtsgericht gestern nachmittags weder ein Antrag auf eine Konkursklärung noch eine Exmissionsklage bisher vorliegt. Der Streitpunkt ist dadurch aus der Welt geschöpft, daß eine öffentliche Berliner Körperschaft der Großen Volkssoper einen größeren Betrag zur Verfügung gestellt hat, aus dem auch die fragliche Summe, zirka 4500 R., sofort bezahlt ist.“

Sin Marz- und Engels-Institut in Moskau. Die Sowjetregierung hat die Schaffung eines staatlichen Instituts angeordnet, in dem alle auf die Tätigkeit von Marz und Engels bezüglichen Originaldokumente aufbewahrt werden sollen.

Kriegsopferfragen im Reichstag.

Der Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen (16. Ausschuß) beschäftigte sich gestern mit den Anträgen, die ihm zur Beratung überwiesen worden sind. Die Sitzung begann mit der Mitteilung eines Schreibens des Reichstagspräsidenten, in welchem erklärt wird, daß die Fülle der dem Reichstag vorliegenden Anträge, deren Annahme von einschneidenden finanziellen Folgen begleitet sein werde, die Reichsregierung mit der lebhaftesten Sorge erfüllt, daß der Etat durch entsprechende Beschlüsse der Ausschüsse oder des Plenums aus dem Gleichgewicht gebracht werden könne, weshalb gebeten werde, bei den Beratungen auf die ernste Finanzlage des Reiches Rücksicht zu nehmen. Infolge dieser Mahnung müssen jetzt auf Beschluß des Reichstages sämtliche Ausschüsse zwecks Stellungnahme zur Bedarfsfrage dem Haushaltsausschuß zugeleitet werden.

Der Vertreter der Sozialdemokratie übte lebhaftesten Kritik an dem Vorgehen der Regierung, die geglaubt hat, die Sparmaßnahmen zur Sicherung der Währung auch auf die Kriegsopfer ausdehnen zu müssen, obwohl eine zwingende Notwendigkeit dazu nicht vorlag. Er forderte Wiederherstellung des wirtschaftlichen Wertes der Renten von 1920, vor allem Aufwertung der entwerteten Abfindungssummen und Befestigung der durch die Ermächtigungsgesetze eingetretene Verschlechterungen. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Vertreters gipfelten in dem Verlangen nach sofortiger allgemeiner Erhöhung der Renten und Vorlage einer Novelle, in der die zwar bedeutsamen aber weniger vordringlichen Versorgungsfragen geregelt werden.

Die bürgerlichen Vertreter unterstützten fast in allen Punkten die Forderungen der Sozialdemokratie, verlangten aber zugleich die Wiederherstellung der bezorgten Versorgung der Offiziere und ihrer Hinterbliebenen, wie sie vor dem Erlaß des Reichsversorgungsgesetzes bestanden hat.

Der Regierungsvorredner erklärte die Durchführung der vorliegenden Anträge für untragbar, da sie eine Erhöhung des Aufwands um 300 bis 600 Millionen Mark bedeuten würde. Nach einer Debatte, die die Regierung dem Ausschuß vorgelegt hat, berechnet sie den Aufwand im laufenden Etatsjahr schon jetzt auf 710 Millionen Goldmark bei einer Zahl von 2 537 000 Militärrentnern.

Der Reichsarbeitsminister hat um stärkste Rücksichtnahme auf die finanziellen Schwierigkeiten. Da die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen bei den letzten Maßnahmen für die unteren Beamten leer ausgegangen seien, habe die Regierung die Absicht, noch eine gewisse Summe zur Verfügung zu stellen, er glaube aber, daß sie 20 bis 25 Millionen Mark nicht übersteigen werde. Das letzte Wort habe allerdings der Haushaltsausschuß. Die Einbringung einer neuen Novelle könne man der Regierung bei der gegenwärtigen absolut unsicheren Lage nicht zumuten.

Die allgemeine Aussprache über die Anträge wird heute fortgesetzt.

Thüringen und das Gutachten.

Deutsche Volkspartei gegen die Politik der Reichsregierung

Weimar, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Mittwochsitzung des Thüringischen Landtags unternahm der völkische Abg. Dr. Dinter einen neuen Vorstoß gegen den thüringischen Staatsbankpräsidenten Voeb, dessen Wirken ihm anscheinend viel Sorgen bereitet. Dinter fragte die Regierung, ob es zuträfe, daß Voeb infolge seiner guten Beziehungen zu international orientierten Banken Millionenkredite für Thüringen aus dem Ausland beschafft habe und welche Aktionen Voeb sonst unternähme. Die Regierung hat diese Anfrage noch nicht beantwortet. Sie dürfte sich aber hüten, dem Treiben der Völkischen auf Amisenhebung des Präsidenten Voeb nachzugeben, da Industrie und Handel Thüringens die Tätigkeit Voeb zur Beschaffung und Gewährung von Krediten allgemein anerkennen.

Der weitere Verlauf der Sitzung war durch die Besprechung der kommunistischen Interpellation über die Stellung-

Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten. Auf Einladung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sind im Oktober 1923 Vertreter zahlreicher Wohlfahrts- und Jugendverbände zusammengetreten, um über Mittel und Wege zu beraten, wie sich ein gemeinsamer Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten durchführen läßt. Auf der diesjährigen Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die am 29. und 30. April in Oberhof stattfand, wurde diese Frage von den verschiedensten Seiten aus beleuchtet. Im Reichsmilitärministerium des Innern hat jetzt eine Sitzung im engeren Kreise stattgefunden, die der praktischen Durchführung der in Oberhof gegebenen Anregungen dienen sollte. Man war sich darüber einig, daß nicht hienüchtes Wissen allein unsere Jugend schützt, daß vielmehr die Schulung des Willens im Vordergrund stehen muß. Es wurde beschlossen, an die zuständigen Stellen heranzutreten, um schon während der Ausbildung der Lehrer und Besichtigten am Seminar und an den Universitäten im Lehrplan für die Sexualpädagogik die nötige Stundenzahl sicherzustellen. Die Ausbildung der Eltern und der schon im Amt befindlichen Geistlichen und Jugendleiter soll in zweckdienlichen Vorträgen und Kursen erfolgen. Zur gegebenen Zeit müssen die Jugendlichen auf die Gefahren hingewiesen werden, die mit einem leichtfertigen Geschlechtsleben verbunden sind. Eine besondere Kommission wurde eingesetzt, die das Problem der Rodakultur in seinen verschiedenen Auswirkungen prüfen soll. Es soll auch die Industrie- und Arbeitnehmerverbände herangezogen werden, um zu erreichen, daß aufklärende Vorträge während oder im Anschluß an die Arbeitsstunden abgehalten werden, damit die Arbeiter möglichst geschult werden. Die Versammlung war sich darüber klar, daß eine wirksame Eindämmung der Geschlechtskrankheiten erst eintreten wird, wenn die Erkrankten einer gründlichen, sachgemäßen Behandlung unterworfen werden. Diese Behandlung soll der Verträglichkeit vorgezogen werden.

Was Industriearbeiter lesen. Der „Bosch-Binder“, eine von der Robert Bosch A.G. in Stuttgart herausgegebene Hauszeitschrift für die Angehörigen des Industriewerkes, berichtet über die Benutzung der eigenen Bücherei während der letzten Jahre. Danach gehören zu den weitaus am meisten begehrten Büchern alle erzählenden Schriften von Ludwig Thoma, der „Hungerpastor“ Wilhelm Raabes und Knut Hamsuns „Victoria“. Man kann also wohl sagen, daß die Ansprüche und der Geschmack dieser Arbeiter auf beträchtlicher Höhe sich halten. Daneben wurden die folgenden Werke häufiger verlangt: Oskar Prentzogs „Soll und Haben“, sämtliche Schriften Theodor Storms und Wilhelm Buschs, Flauberts „Salambo“, Thoms „Amateursozialist“, ferner die Werke von Löns, Hesse, Fresenius und Max Erll. An der Spitze der begehrtesten philosophischen Bücher steht Spenglers „Untergang des Abendlandes“.

Öffentliche Gefangenschaft gibt der „Meineleiche Männerchor“ Berlin 1900“ (W. D. N. S. B.) am 18. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Kleinen Tiergarten, Noabli, vis-à-vis der Linderer Straße; am 25. Juli, abends 7 1/2 Uhr, im Norden auf dem Brunnengrund vor dem Kantärgäßchen; am 1. August, abends 7 1/2 Uhr, im Norden vor der Terrasse im Schillerpark.

Sihewelle in den Kaufhausländern. Nach Berichten, die in Moskau eingetroffen sind, steht ein großer Teil des Kaufmanns im Reich einer ungewöhnlichen Ehe. Bei Lissa ist die Temperaturrekordmeldungen zufolge stellenweise bis zu 56 Grad C. gestiegen.

nahme der thüringischen Regierung zum Sachverständigen-Gutachten ausgefüllt. Die Kammeristen erklärten, gegen das Verhalten der Regierung bei der Ministerkonferenz in Berlin protestieren zu müssen, weil die Regierung sich nicht gegen das Gutachten ausgesprochen hätte. Die Regierung erklärte auf Grund dessen, daß eine Stellungnahme der Regierung — noch gar nicht erfolgt sei. Sie werde sich erst schlüssig werden, wenn die zur Ausführung des Gutachtens von der Reichsregierung ausgearbeiteten Gesetzentwürfe dem Reichsrat und Reichstag vorgelegt würden. Im übrigen enthält die Regierungserklärung nur Redensarten. Darüber freute sich Dinter, der einen „völkischen Zug“ in den Worten der Regierung zu erblicken glaubte und der Regierung kein vollstes Vertrauen schenkte. Im übrigen beschimpfte er die Mitglieder der Reichsregierung als Hoch- und Volkverräter, weil sie angeblich die Folgen der Annahme des Gutachtens mit Absicht verschwiegen. Von allen Parteien des Hauses nahm nur die Sozialdemokratie eine feste Stellung ein. Sie ließ durch den Genossen Hermann folgendes erklären:

„Die Einstellung der Sozialdemokratie zum Sachverständigen-Gutachten dürfen wir als allgemein bekannt voraussetzen. Wir sind überzeugt, daß die Folgen des unglückseligen Krieges nur durch das Zusammenwirken der Völker, in erster Linie der europäischen, behoben werden können. Als Sozialdemokraten betrachten wir es als unsere moralische Pflicht gegenüber dem deutschen Volk, unser Teil zur Lösung beizutragen. Wir sind uns keinen Augenblick im Zweifel, daß die Durchführung des Gutachtens dem deutschen Volk sehr schwere Lasten auferlegen wird, deren Verteilung in sozial gerechter Weise durch den Reichstag erfolgen muß. Die Gegner des Gutachtens haben bisher einen brauchbaren und durchführbaren Vorschlag nicht machen können; sie jagen uns nicht, wie die Aufrechterhaltung der Wirtschaft und Währung ermöglicht, die Kreditbedürftigkeit der Industrie und Landwirtschaft befriedigt, wie die Rückkehr der Gefangenen, die Erhaltung der besetzten Gebiete beim Reich ermöglicht und schließlich die Einheit des Reiches gewahrt werden soll. Es wäre auch der Sozialdemokratie lieber, wenn man dem deutschen Volk diese Lasten nicht aufzuerlegen brauchte. Schuld daran ist allein der Krieg und die Verantwortung dafür tragen die damals Herrschenden. In der Annahme des Gutachtens sehen wir zurzeit die einzige Möglichkeit, dem deutschen Volk weitere und schwerere Bürden zu ersparen. Wir sehen darin auch weiter die ersten Voraussetzungen, bessere Beziehungen zu allen europäischen Völkern zu erlangen. Wir fordern deshalb von der thüringischen Regierung, daß sie die Reichsregierung bei ihrem Bestreben, das Gutachten durchzuführen, mit aller Kraft unterstützt. Wir dürfen erwarten, daß die thüringische Regierung sich in ihrer Entscheidung nicht von übergeschnappten nationalsozialistischen Phrasenpolitikern beeinflussen läßt.“

Die Völkischen, der Landbund, die Deutschnationalen und die Partei Stresemanns (!) einigten sich auf eine Entschließung, in der es u. a. heißt:

„Wir fordern, daß die Reichsregierung, ehe sie sich überhaupt in weitere Erörterungen über das Dawes-Gutachten mit dem Feindbund einläßt, von dem Feindbund verlangt: 1. Aufrollung der Schuldfrage, 2. sofortige Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete, Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit und Verwaltungshoheit Deutschlands, 3. Aufhebung aller von den Besatzungsmächten gegenüber Deutschen ausgesprochenen Strafen und Maßregelungen, sofortige Befreiung aller gefangenen Deutschen, 4. bedingungslose Rückkehr aller Ausgewiesenen und restlose Wiederaufnahme aller ihnen zugefügten Schäden, 5. Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigter Verhandlungsgegner bei allen Verhandlungen.“

Diese Entschließung wurde von der Mehrheit angenommen.

O.-C.-Prozess nicht vor September.

Abtrennung des Verfahrens gegen die Hamburger Sprengstoffattentäter.

Leipzig, 16. Juli. (V.S.) Mit dem Beginn des großen Prozesses gegen die Organisation Consul vor dem Staatsgerichtshof, der ursprünglich für die zweite Augusthälfte in Aussicht genommen war, ist neueren Informationen zufolge, frühestens für Ende September dieses Jahres zu rechnen. Wahrscheinlich wird dann im Anschluß hieran auch die Verhandlung gegen den unter der Anklage der Beihilfe zum Rathenau-Mord stehenden Studenten Günter Brandt stattfinden. Vom O.-C.-Prozess abgetrennt ist das Verfahren gegen die Urheber der Hamburger Sprengstoffattentate, insbesondere gegen das im Rathenau-Prozess freigesprochene O.C.-Mitglied, den Kaufmann Warnede aus Hamburg.

Geschäft ist Geschäft!

Am das „Deutsche Tageblatt“, das mit zwei Hakenkreuzen geschmückte Kampfbild der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, scheint es finanziell ebenso schlecht zu stehen, wie um die gesamte völkische Bewegung in der jüngsten Zeit. Das ist infolgedessen vermerkt, als es kein Geheimnis ist, daß die Stabilisierung der Währung kaum einem Gewerbe so gut bekommen ist, wie dem durch die Inflation besonders mitgenommenen Zeitungswesen. Aber die mihmutigen Opfer der Inflationszeit haben nach der Geländung unserer Währung nichts mehr übrig für völkische Agitatoren und für völkische Revolverblätter. Während sonst die Presse einen erfreulichen Zuwachs an Lesern seit Beginn dieses Jahres zu verzeichnen hat, vermag ein völkisches Organ nach dem anderen. Das „Deutsche Tageblatt“ ist auf einen letzten Rettungsveruch, der sehr bezeichnend ist für den geschäftsmächtigen Geist dieser antisemitischen Wortkämpfer, verfallen. Es kündigt, einer völkischen Anregung folgend, eine der Schriftleitung angegliederte „Beratungsstelle“ an, durch die die Bezieher des völkischen Organs „Rat in allen juristischen Fragen und Beratung in allen schwierigen Fragen persönlicher sowie wirtschaftlicher Art erhalten“ sollen. Eine solche juristische Beratung der Leser ist nichts Außergewöhnliches im deutschen Zeitungswesen. Ganz neu und einzigartig ist aber, daß aus einer derartigen Beratungsstelle ein geschäftliches Unternehmen für die Zeitung gemacht wird. Das „Deutsche Tageblatt“ bringt es nämlich fertig, für jede Beantwortung einer Anfrage zwei Mark zu verlangen, während sonst in dem angeblich so jüdisch verfeuchten deutschen Zeitungsgewerbe bisher lediglich die Quittung über den letzten Bezugspreis genügt, um kostenlos Auskunft zu erhalten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der deutschvölkische Verlag durch dieses bisher in Deutschland unbekannte Gebaren nicht die „völkischen Freunde von Schädigungen zu bewahren“, sondern der geleerten Kasse des völkischen Unternehmens auf diesem letzten Wege neue Mittel zuzuführen sucht.

Abgebliebte Separatisten. Der vom Rheinisch-Westfälischen Volksbund in Oberhausen angeforderte Arbeitertag, auf dem das Thema Rheinland und Westfalen früher, heute und in Zukunft behandelt werden sollte, war für die separatistische Bewegung ein voller Fehlschlag. Die Wirte von Oberhausen hatten sich geweigert, ein Versammlungsort für die Tagung der Separatisten herzugeben. Da auch die französische Besatzung den Antrag der Separatisten, ein Lokal zwangsweise zu beschaffen, ablehnte, zogen die ankommenden, etwa 150 Personen, darunter auch der berüchtigte Separatist Kammer aus Gelsenkirchen mit etwa 40 Anhängern, unverrichteter Sache unter Beschimpfung der deutschen Polizei wieder ab.

Frieden in Irland. Die republikanischen Führer De Baskera und Austin Stack wurden freigelassen.

Die Londoner Konferenz

(Schluß des Berichts von der ersten Seite.)

London, 16. Juli. (W.S.) Die Sachverständigen sagen: ... sind an unsere Aufgabe als Kaufleute herangetreten, bestrebt, wirkliche Ergebnisse zu erzielen. Meine Herren! Können wir etwas Besseres tun, als die Anwendung dieses Berichts in demselben Geist, in dem er gefaßt worden ist, zu fördern? Wir müssen damit rechnen, daß wir alle anderen Fragen als die reine und einfache Anwendung des Berichts beiseite stellen. Wir dürfen nicht Fragen verwickelt gestalten dadurch, daß wir sie mit fremden Fragen verbinden. Die verhängnisvolle Gewohnheit, eine Frage mit einer anderen zu verbinden, ist zum großen Teil verantwortlich gewesen für den Mißerfolg, irgendetwas in der Vergangenheit zu lösen. Wir müssen Schritt für Schritt gehen, indem wir jede Frage soweit wie möglich isolieren und sie lösen, bevor wir zu der nächsten Frage übergehen. Der

Dawes-Bericht ist nicht in sich eine endgültige Lösung

aller unserer Fragenprobleme. Aber lassen Sie uns erst den Boden freimachen, indem wir den Dawes-Bericht zur Durchführung bringen. Danach bin ich bereit, mit Ihnen für die anderen Fragen eine Lösung zu suchen. Die Gerechtigkeit des Dawes-Planes, seine Unparteilichkeit und sein Gleichgewicht haben allgemeine Anerkennung gefunden. Er ist ein praktisches wissenschaftliches Werk, das auf richtigem Boden in der Tat aufgeführt wurde. Was sein Ziel betrifft, so kann ich nichts Besseres tun, als den ausgezeichneten Auszug anführen, der aus Bequemlichkeitsgründen vorgelesen wurde.

Dieser Auszug erklärt folgendes: Das Ziel des Dawes-Planes ist erstens, eine Währungsreform zu erreichen, um die größten Jahreszahlungen von Seiten Deutschlands zu erlangen, zweitens größtmögliche Transfers an die Gläubiger Deutschlands zu ermöglichen, drittens die Frage, was Deutschland zahlen kann, aus dem Gebiet praktischer Anregungen herauszunehmen, viertens eine endgültige und umfassende Vereinbarung über alle Reparationsprobleme und damit zusammenhängenden Fragen zu erleichtern, sobald als die Umstände dies möglich machen. Die Sachverständigen machten sich daran, Mittel zu ermitteln für den Wiederaufbau Deutschlands, Seite an Seite mit der Bezahlung von wesentlichen Reparationen an die Alliierten, und so weit sie dies erreicht haben, haben sie doppelt

für den Wiederaufbau Deutschlands

beigetragen. Daraus geht klar hervor, und dies ist ein Punkt, auf den die Sachverständigen selbst Wert legten, daß es im eigenen Interesse Deutschlands ist, diesen Plan durchzuführen.

Der Schluß des amtlichen Berichts war um 1 Uhr morgens noch nicht eingetroffen.

Aufgeregte Pariser Stimmen.

Paris, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Keine der 14 interalliierten Zusammenkünfte, zu denen der seit Jahren so häufig fehlgeschlagene und immer wieder erneuerte Versuch, sich über die Durchführung der wichtigsten Teile des Friedensvertrages zu verständigen, Anlaß gegeben hat, ist im Augenblick der Eröffnung auf größere Steptis und schwärzeren Pessimismus in Frankreich gestoßen als die ursprünglich mit so großen Hoffnungen angelegte Konferenz in London. Die wiederholte Versicherung, daß Ramsay MacDonald und Herriot in allen prinzipiellen Punkten bereits einig seien und es nur noch der Verständigung über die technischen Einzelheiten bedürfe, hatte in Frankreich zunächst einen Optimismus erzeugt, der nach vorübergehender Trübung durch den diplomatischen Vorstoß des englischen Auswärtigen Amtes in der gemeinsamen Note vom 9. Juli eine neue Befristung gefunden hatte. Die Debatte im englischen Unterhaus und im Zusammenhang damit die Erörterungen der Londoner Blätter und ihre Redaktionen über die von der internationalen Finanz als Vorbedingung für die 800-Millionen-Anleihe gestellten Forderungen haben in den letzten 24 Stunden die Stimmung in Paris völlig umschlagen lassen. Die Versicherungen der vollkommensten englisch-französischen Uebereinstimmung und die Liebenswürdigkeiten an die Adresse MacDonalds, von denen die französischen Blätter in den letzten Tagen voll waren, haben über Nacht auf eine neue Pole mit den Pfah geräumt, wie sie scharfer kaum in den Tagen des offenen Konflikts zwischen Lloyd George und Poincaré in Erscheinung getreten war. Das trifft nicht nur auf die ausgesprochen nationalsozialistische Presse zu. Selbst der „Temps“, der bisher in vorderster Linie für eine billige und friedliche Lösung eingetreten war, nimmt am Mittwoch an dieser Offensivteil, die, wenn dahinter nicht ein taktisches Einschüchterungsmanöver steckt, ernste Befürchtungen für das Gelingen der Londoner Konferenz aufkommen läßt. Das Blatt erklärt, man müsse aus der neuen Wendung der englischen Politik den Eindruck gewinnen, als gelte die Londoner Konferenz ausschließlich dem Ziele, Sicherheitsmaßnahmen gegen Frankreich zu treffen und es der letzten Rechte zu berauben, die es aus dem Friedensvertrag besitze. Man werde sich danach nicht wundern dürfen, wenn man in Frankreich anfangs, eine weitere Diskussion für zwecklos zu halten, und ernstlich daran denke, seine Handlungsfreiheit wieder zu gewinnen. Als stärksten Druck spielt das Blatt die Drohung einer — deutsch-französischen Verständigung gegen England aus.

Polen / Deutschland / Völkerbund.

Warschau, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Erklärungen des englischen Völkerbunds-Delegierten Lord Parmoor gegenüber dem Londoner Vertreter des „Soz. Parlamentsdienstes“ haben hier allgemeines Erstaunen hervorgerufen. Die Presse beschäftigt sich ausführlich mit der Angelegenheit und widmet ihr zum Teil umfangreiche Leitartikel. In dem linksgerichteten „Kurjer Polski“ wird Lord Parmoor einseitige Begünstigung der deutschen Interessen vorgeworfen. Diese Auffassung herrscht auch in Regierungskreisen, so daß die polnische Regierung wahrscheinlich zu den Erklärungen Lord Parmoors Stellung nehmen wird. Insbesondere wird der Passus der Erklärung angefochten, in dem es heißt, daß der Eintritt in den Völkerbund es Deutschland ermöglichen werde, das Los der Deutschen in den abgetretenen Gebieten in wirksamer Weise zur Sprache zu bringen.

Hierzu bemerkt der SPD.: Die Unterredung unseres Londoner Korrespondenten mit Lord Parmoor hat auch in England selbst vereinzelt Mißstimmungen hervorgerufen. Demgegenüber können wir feststellen, daß die Erklärungen vor ihrer Veröffentlichung vom Foreign Office (dem britischen Auswärtigen Amt) gebilligt worden sind.

Was der Weltkrieg unberührt ließ.

Deutschlands Beziehungen mit Ecuador.

Durch Notenwechsel zwischen der deutschen Gesandtschaft in Quito und der Regierung von Ecuador ist festgestellt worden, daß der Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Ecuador vom 28. März 1887 (Reichsgesetzblatt 1888, Seite 186) niemals aufgehoben worden ist, sondern noch heute unverändert fortbesteht. Der Vertrag enthält insbesondere die gegenseitige allgemeine Weisbegünstigung in Handels- und Gewerbe-, Schifffahrts- und Konularsachen. Er läuft mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist auf unbestimmte Zeit weiter.

Gewerkschaftsbewegung

Furcht vor dem Volksentscheid.

Es werden geflüchtete Meinungen in die Presse lanciert, dahingehend, daß die Meinung in den Gewerkschaftskreisen bezüglich der Sicherung des Achtstundentages durch einen Volksentscheid sehr geteilt seien. Da man irgendwelche stichhaltige Argumente gegen die Ratifizierung des Abkommens von Washington, wenn es gleichzeitig auch von England, Frankreich und Belgien ratifiziert wird, nicht vorzubringen vermag, versucht man offenbar, Unsicherheit und Uneinigkeit in die Gewerkschaften hineinzutragen.

Diese Versuche muten uns in Wirklichkeit komisch an. Nichts fürchten die Gegner des Achtstundentages mehr, als die Herbeiführung eines Volksentscheides über die Ratifizierung des Abkommens von Washington. Gewiß haben die Kommunisten von vornherein gegen den Volksentscheid Stellung genommen. Wenn die Gewerkschaften sich gegen den Volksentscheid ausgesprochen hätten, dann würden die Kommunisten für den Volksentscheid eintreten. Es ist nun einmal kommunistischer „Grundsatz“, immer das Gegenteil von dem zu tun, was die verantwortlichen Stellen der Gewerkschaften beschließen.

Wenn man von den Äußerungen einzelner christlicher Gewerkschaftsführer auf die Haltung der Christlichen Gewerkschaften und deren Mitglieder schließen dürfte, dann würden auch die Christlichen Gewerkschaften sich gegen einen Volksentscheid aussprechen. Bei einem Volksentscheid kommt es aber nicht darauf an, was die „Rote Fahne“ schreibt oder was Herr Stegerwald sagt. Die Mitglieder der Christlichen Gewerkschaften, die z. B. im Ruhrrevier soeben für den Achtstundentag einen harten und erbitterten Kampf geführt haben, werden ganz gewiß nicht einer etwaigen Parole der Christlichen Gewerkschaften folgen, gegen die Ratifizierung des Abkommens von Washington zu stimmen.

Im übrigen glauben wir gar nicht, daß die Christlichen Gewerkschaften, so schwankend und zaghaft ihre Haltung in dieser Frage auch sein mag, eine derartige Parole ausgeben werden. Was die Kommunisten betrifft, so würde eine Abstimmung zeigen, daß die kommunistisch gesinnten Arbeiter die allerletzten sein werden, die dieser selbstmörderischen Parole der „Roten Fahne“ Folge leisten. In Wirklichkeit fürchten alle Gegner der Freien Gewerkschaften nichts mehr, als daß diese durch die Tat die Führung im Kampfe für die Erhaltung und Zurückeroberung des Achtstundentages übernehmen. Man hat dem ADGB oft genug, wenn auch zu Unrecht, den Vorwurf der mangelnden Aktivität gemacht. Die Gegner der Freien Gewerkschaften wie die Gegner des Achtstundentages fürchten nichts so sehr als die Aufrufung des deutschen Volkes, selbst in dieser Frage zu entscheiden.

Nichts charakterisiert die Gegner des Achtstundentages besser als ihr ausgesprochener Mangel an Mut. Als der Reichsarbeitsminister den Achtstundentag zu beseitigen unternahm, verfaßte er eine Arbeitszeitverordnung, in der im § 1 der Arbeitszeitverordnung „grundsätzlich“ festgelegt ist. Mit Hilfe von sogenannten Schiedsprüchern wurde dann dieser „grundsätzliche“ Achtstundentag in einen tatsächlichen Neun- und Zehnstundentag verwandelt. Auf dem Papier, genannt Verordnung über die Arbeitszeit, haben wir aber immer noch den „Achtstundentag“.

Bei allen Kämpfen um die Arbeitszeit, die diese Verordnung ausgelöst hat, haben die Unternehmer sich ebenso wie Herr Dr. Brauns bereit erklärt, den Achtstundentag „grundsätzlich“ anzuerkennen. Sie wollen nur das Recht haben, bei sogenannten wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Achtstundentag in einen Neun- und Zehnstundentag zu verwandeln. Die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer haben sich bei allen diesen Kämpfen immer bereit erklärt, eine Klausel anzunehmen, wonach die wirtschaftlichen Notwendigkeiten über Stunden geleistet werden können. Sie verlangten nur, daß nicht der Arbeitgeber allein und ohne jede Kontrolle darüber bestimmt, ob eine wirtschaftliche Notwendigkeit zur Verlängerung der Arbeitszeit auch vorliegt. Und sie verlangten weiter, daß diese Überstunden entsprechend ihrem Charakter auch mit einem Zuschlag zu dem gewöhnlichen Stundenlohn gezahlt werden.

Die Differenz ist also scheinbar nur gering. Aber nur scheinbar! Denn die grundsätzliche Anerkennung des Achtstundentages durch die Unternehmer ist nichts als Heuchelei. Und es ist nichts als Heuchelei, wenn in der Verordnung über die Arbeitszeit im § 1 der Arbeitszeitverordnung die Höchstarbeitszeit festgelegt wird. Denn dieser angeblich gesetzliche Achtstundentag läßt es zu, daß die Unternehmer ohne behördliche Genehmigung, ohne Zustimmung der Arbeitnehmer, deren wirtschaftliche Gleichberechtigung in der Verfassung ausgesprochen und im Betriebsrätegesetz festgelegt ist, selbstherrlich und einseitig die Arbeitszeit auf neun und zehn Stunden verlängern können. Dieser mutlosen und hinterhältigen Gegnerschaft ist natürlich nichts unwillkommener als Klarheit und Offenheit. Deshalb fürchten sie den Volksentscheid. Deshalb fürchten sie, daß durch den Volksentscheid Klarheit geschaffen wird.

Die katholischen Arbeiter zum Achtstundentag.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

Der Ausgang des Kampfes um den Achtstundentag, der gegenwärtig in Deutschland ausgefochten werden muß, scheint den christlichen Gewerkschaften mehr als gleichgültig zu sein. Auch heute noch lehnen ihre Führer jede Aktion zugunsten der Rettung der achtstündigen Arbeitszeit ab und schlagen sich zu Herrn Brauns, dem es bei den letzten Reichstagswahlen gerade wegen seiner Stellung zur Arbeitszeitfrage nur mit Unterstützung des Parteivorstandes gelang, überhaupt wieder zu einem Mandat zu kommen. Sein alter rheinischer Wahlkreis lehnte ihn fast einstimmig als Kandidaten ab und auch in den übrigen Bezirken, wo er ein Mandat zu erlangen suchte, fiel er immer wieder durch, bis sich der Wahlkreis Weser-Ems unter der Voraussetzung einer einstimmigen Erklärung, daß ein vorgesehener Kandidat seines Bezirkes an aussichtsreicher Stelle auf die Reichsliste gesetzt wurde. Der Parteivorstand des Zentrums erklärte sich nach langem Hin und Her zu dieser Lösung bereit und rettete so Herrn Brauns das Reichstagsmandat. Diese Ablehnung, die der Reichsarbeitsminister überall erfahren hat, und die hauptsächlich durch seine Haltung zur Arbeitszeitfrage erklärt wird, ist jedenfalls bezeichnend für die Stimmung innerhalb der christlichen Arbeiterschaft. Das wissen die christlichen Gewerkschaften ganz genau. Aber das Kapitel Brauns scheint den reaktionären Kreisen um Stegerwald noch nicht zu genügen. Neudings erklären sie ganz offen, daß sie nicht daran denken, sich an einem „Volksentscheid-Rummel“ zu beteiligen. Wir sind überzeugt, daß auch die christlichen Arbeiter darauf nicht hören, sondern über die Köpfe dieser Gewerkschaftsführer hinweg zur Rettung des Achtstundentages schreiten werden. Das ergibt sich aus dem Verlauf eines Delegiertentages der katholischen Arbeitervereine des Bezirks Hamm-Soest, der in diesen Tagen stattfand und eine Entschließung annahm, in der es u. a. heißt:

„Die katholischen Arbeitervereine halten es für ihre Pflicht, in der heutigen Zerrissenheit unseres Vaterlandes ihre warnende und mahnende Stimme zu erheben und hinzuweisen auf die schweren kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Schäden, die durch das antisoziale und schamlosmachende Verhalten mancher Bürger- und Arbeitgeberkreise herbeigeführt werden. Die katholischen Arbeiter sind sich ihrer Pflichten im Wirtschafts-, Staats- und Gesellschaftsleben voll und ganz bewußt. Es geht aber nicht an, die durch den verlorenen Krieg und seine Nachwirkungen unserem Volke auferlegten Lasten auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die Verlängerung der Arbeitszeit und der Abbau der Löhne wird nicht die Gesundung unserer Wirtschaft herbeiführen, sondern auf die Dauer die Verelendung von Tausenden Arbeiterschaften nach sich ziehen. Die Produktivität der Unternehmungen durch eine zweckmäßige und technische Betriebsorganisation zu fördern, ist die Pflicht des Unternehmers. Zum Wiederaufbau unseres Staats- und unseres Wirtschaftslebens gehört die Opferwilligkeit aller Volkstriebe.“

Diese Entschließung bedeutet nichts anderes als ein Mißtrauensvotum gegen die Richtung Stegerwald in den christlichen Gewerkschaften und gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns.

„Nationale“ Arbeitsnachweise.

Als Ergänzung zu unserer Veröffentlichung über die „Nationale Arbeits-Wehr“ erhalten wir ein Rundschreiben dieser gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, das betitelt ist: „Ein Wort an die deutschen Arbeitgeber“. Es verlohnt sich nicht, auf den Inhalt dieses „Gewäschens“ irgendwie einzugehen. Es genügt, wenn wir aus dem Schlusssatz folgenden Satz zitieren:

„Wir richten deshalb an die gesamte deutsche Unternehmer-schaft die höfliche und dringende Bitte, bei Neueinstellungen von Arbeitern und Angestellten, besonders auch beim Wiederaufbau von vollständigem Belegschaften, sich gütigst mit unserer Organisation in Führung setzen zu wollen.“

Das ist der Zweck der Übung. Das angeblich nationale Drum und Dran ist weiter nichts als der Deckmantel oder auch die Lockspeise, mit der man Dumme zu fangen hofft. Ganz abgesehen von der mangelnden sachlichen Voraussetzung für einen Arbeitsnachweis, haben die Behörden darüber zu wachen, daß nicht Leute sich das Recht der Arbeitsvermittlung anmaßen, die den Arbeitnehmern als Wahlpruch mit auf den Weg geben, feste um sich zu hauen.

Nach dem Arbeitsnachweisgesetz vom 1. Oktober 1922 bedarf es für die Errichtung eines Arbeitsnachweises der Genehmigung des zuständigen Landesarbeitsamtes. Wenn diese Genehmigung nicht erteilt wird oder wenn bei einem Verstoß gegen die Genehmigung der Arbeitsnachweis trotzdem errichtet wird, treten schwere Geldstrafen in Wirksamkeit. Der Arbeitsnachweis ist selbstverständlich in einem solchen Falle von der Polizeibehörde zu schließen. Wir richten hiermit öffentlich an das Landesarbeitsamt Berlin die Anfrage, ob das unter der Firma „Nationale Arbeits-Wehr“ figurierende Arbeitsnachweismittel um die Genehmigung nachgesehen und ob es diese Genehmigung auch erhalten hat. Sollte das nicht der Fall sein, dann erwarten wir, daß das Landesarbeitsamt Berlin ohne weiteres die nötigen Schritte unternimmt, um Arbeitnehmer vor Schaden zu bewahren und die gesundheitliche Eröffnung eines Arbeitsnachweises rückgängig zu machen.

Im übrigen sind derartige Vermittlungsinstitutionen weit zahlreicher, als man annehmen sollte. Wir erinnern nur an die Arbeitskommandos Köhbach und ähnlicher zweifelhafter Unternehmungen. Man hat diese Unternehmungen als große militärische Verbände hingestellt. In Wirklichkeit sind sie vom militärischen Standpunkt aus ganz bedeutungslos. Anders liegt es mit den wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Unglücklichen, die in solche Arbeitskommandos hineingeraten, werden

in der gemeinsten Weise ausgebeutet und stehen auch in ihrer Freizeit unter fortgesetzter Kontrolle. Es ist eine wahre Sklavenerhaltung, die diese deutschpöhlischen „Freiheitsmänner“, meist Agrarier, über die unter dem Titel von Arbeitskommandos usw. als Landarbeiter schuftenden Leute ausüben. Zur Illustrierung, wie man diejenigen, die nicht alle werden, einfängt, geben wir folgendes Inserat wieder, das in der „Oberpfälzer Abendzeitung“, die in Regensburg erscheint, in ihrer Nummer 31 vom 4. Juni veröffentlicht war.

Freiwillige Arbeiter-Abteilung „Cojer“ Völkische Arbeitsgemeinschaft.

Arbeitslose völkische Arbeiter im Alter von 18 bis 26 Jahren, welche unversehrt sind und landwirtschaftliche Arbeiten verrichten wollen, können sich noch melden. Sie werden voraussichtlich in Mecklenburg oder in der Mark verwendet werden. Auskunft erteilt die Expedition des Blattes, außerdem in Schwandorf Herr Dentist Schäffer und in Amberg die Völkische Pfadfinder-Abteilung.

Der Charakter der Arbeitsvermittlung ist hier ganz deutlich zu erkennen. Es wäre Zeit, daß vom Reichsarbeitsministerium an die Landesarbeitsämter eine Anweisung ergeht, diese illegalen Arbeitsnachweise einmal unter die Lupe zu nehmen. Wenn diese Arbeitsnachweise vielfach von rechtsstehenden Unternehmerkreisen unterstützt werden, so ist der wahre Grund der, daß diese Unternehmer darauf spekulieren, billige und willige Arbeitskräfte zu bekommen, denen die Möglichkeit abgeschnitten ist, sich auf die gewerkschaftlichen Organisationen zu stützen oder den Schutz der Gesetze in Anspruch zu nehmen. Mit diesem zum Schaden Deutschlands verübten Mißbrauch mit angeblich nationaler, in Wirklichkeit höchst niedrigen Interessen muß endlich einmal aufgeräumt werden.

Buchdrucker-Delegiertenwahl.

Alle Kollegen, die in andere Berufen — in Bureaus, bei Behörden usw. — beschäftigt sind, werden ersucht, unbedingt von ihrem Wahlrecht zur Wahl der Verbandstags-Delegierten Gebrauch zu machen. Wer nicht im Besitze eines Stimmzettels ist, muß sich nach dem Bureau, das am Freitag bis 7 Uhr geöffnet ist, begeben und dort sein Wahlrecht unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches ausüben. Erfülle jeder Kollege seine Pflicht und gebe die Stimme folgenden 24 Kandidaten: Albrecht, Rudolf; Barisch, Erich; Braun, Robert; Ebel, Max; Fränkel, Albert; Geil, Walter; Gröning, Adolf; Guth, Adolf; Keller, Ludwig; Klein Wilhelm; Leder, Willi; Nussli, Paul; Napp, Karl; Oberüber, Friedr.; Pletsch, Walbert; Pöschmann, Erich; Pösch, Georg; Riehl, Adolf; Schleyler, Hermann; Sindermann, Albert; Störmer, Karl; Tlilger, Erich; Wunderlich, Richard; Jadud, Alfred.
Fraktionsvorsitzend Richtung Amsterdam.

Es wird nachgerade Zeit!

Das Reichsarbeitsministerium hat auf Grund des § 18, Ziffer 2 der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 15. Februar 1924 bei den Regierungen der beteiligten Länder angeregt, nach dem Vorgange Preußens die Unterstüßungsdauer für die entlassenen Eisenbahner im besetzten Gebiet auf 30 Wochen zu verlängern.

Ein Beamtenprotest zur neuen Gehaltsaufbesserung.

Braunschweig, 16. Juli. (Zu.) Die braunschweigischen Staatsangestellten haben an das Staatsministerium ein Schreiben gerichtet, in dem zunächst der Erbitterung über die letzte vom Reichstag beschlossene Beförderungserhöhung Ausdruck gegeben und dann gesagt wird: „Wir glauben, daß es ratiamer ist, auf diese Zulage zu verzichten, als durch ihre Annahme gleichsam über einen Akt des Entgegenkommens zu quittieren, der bei dieser Sachlage gar nicht stattgefunden hat. Wir bitten daher, diese Erhöhung nicht zur Auszahlung antweisen zu wollen und fügen ergebenst hinzu, daß uns sehr wohl bewußt ist, daß diese „Erhöhung“ keineswegs von der braunschweigischen Regierung beschlossen worden ist.“

Die Krise greift um sich.

Münster, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Splintstoff-gewerbe des Bezirks Rheine ist es bereits zu umfangreichen Betriebseinschränkungen und teilweise sogar zu Stilllegungen gekommen. Auch im Bezirk Bocholt hat sich der Geschäftsgang in der Textilindustrie sehr erheblich verschlechtert. Hier gibt es bereits 6000 Kurzarbeiter. Nur wenige Betriebe arbeiten noch voll. In sechs Betrieben ist eine längere Stilllegung angefangen.

Die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen in Westfalen und Lippe betrug nach dem Stande vom 1. Juli 51 805 männliche Hauptunterstützungsempfänger, 2919 weibliche Hauptunterstützungsempfänger und 62 665 Zuschlagsempfänger.

Internationale Beratungen über Gewerbehygiene.

Genf, 16. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Komitee für industrielle Hygiene hält zurzeit eine Sitzung im Internationalen Arbeitsamt ab. In diesem Komitee ist auch Deutschland vertreten. Es werden verschiedene Probleme der Arbeitshygiene und Pathologie behandelt. Unter anderem wird über die Ritzbrandinfektion bei der Berufsarbeit und über die Gleichstellung von Berufskrankheiten mit Arbeitsunfällen hinsichtlich der Versicherung beraten.

Verantwortlich für Text: Ernst Reuter; Wirtschaft: Kurt Göttemann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Illustration: Dr. John Schilowski; Grafiken und Sonstiges: Walter Trojan; Anzeigen: H. Blodt; Redaktion in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt: Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu zwei Beilagen und Unterhaltungsbeilage „Simmelt“.

Unverantwortlicher Leichtsin — anders kann man es nicht nennen — ist es, wenn Sie tage- oder gar wochenlang Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen. Dabei haben Sie's so bequem: Sie spritzen ein paar Tropfen Odol in ein Glas warmes Wasser, rühren mit der Zahnbürste um, spülen und gurgeln damit nach Herzenslust und bürsten zum Schluß — besonders vor dem Schlafengehen — recht tüchtig Ihre Zähne. Sie werden sehen: Odol ist eine wundervolle Mund-Erfrischung und dabei weit sparsamer als alle Zahn-Pasten und Zahnpulver. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Odol zum Kulturbegriff.

Aus dem Sowjetparadies.

Henkerarbeit: Folterungen und Todesstrafe.

In einigen Tagen erscheint im Buchhandel ein Werk des Professors Melgunoff „Der rote Terror in Rußland“. Es ist der erste Versuch, das während der letzten sieben Jahre in Rußland geflossene Blut in einem großen Sammelbecken einzufangen und den Quellen dieser Blutströme nachzugehen. Der rote Terror der Sowjetregierung, das gegenseitige Hinschlachten im Bürgerkrieg, hat unzähligen Menschen das Leben gekostet, hat die schlimmsten Instinkte des Teils noch auf primitiver, triebhafter Stufe stehenden Volkes entfesselt. Welchen Grad diese unmenschlich anmutende Grausamkeit erreicht hat, davon zeugt der Ausspruch des größten lebenden Schriftstellers Rußlands, Gorki, der in einer seiner neuesten Schriften viel Unerquickliches von der Grausamkeit der russischen Bauern sagt. Dem Uneingeweihten wird vielleicht die eine oder andere allzu blutige Seite dieses Buches übertrieben erscheinen. Derjenige jedoch, der mitten drin gestanden hat, der selbst Augenzeuge der Ereignisse gewesen ist, wird allerdings alles dort Geschilderte als im Bereich der Möglichkeit liegend bejahen.

Die Verwendung der Todesstrafe.

Die Todesstrafe war sofort nach der Februarrevolution durch die provisorische Regierung abgeschafft, dann aber an der Front wieder eingeführt worden. Die erste Maßnahme der siegreichen Oktoberrevolution war, mit der Todesstrafe von neuem aufzuräumen. Es dauerte jedoch nur kurze Zeit, als sie wiedererstand. Und es waren erst einige Monate ins Land gegangen, als sie zur Generalstrafe erhoben wurde. Während die Gerichte sich an sie nur langsam und vorsichtig heranwagten — die ersten Todesurteile des obersten revolutionären Tribunals fielen im Juli 1918, das erste Todesurteil des Moskauer revolutionären Tribunals wurde erst im Frühling 1919 gefällt — verhängten die zahllosen Tschekas im ganzen unübersehbaren Territorium Rußlands unzählige Todesstrafen für alle nur möglichen Verbrechen und Vergehen. Die Konterrevolutionäre, die ehemaligen zaristischen Generale und Minister, Polizeibeamte und politische Späher, Fabrikanten und Grundbesitzer, Offiziere und Beamte, Räuber und Diebe, Brandstifter und kleine Diebe, Trunkenbolde und Zuhälter, ganz geringfügige Spekulanten und Händler, Faschmünzer und Menschen, die zufällig ein oder zwei falsche Banknoten zählten, — niemand wurde von ihr verschont, es gab überhaupt kein Vergehen, das mit der Todesstrafe nicht gefolgt werden würde! Das Recht, unbeschränkt Todesurteile zu fällen, hatten die Tschekaorgane, die selbst in den kleinsten Nestern nicht fehlten. Beschwerderecht gab es nicht. Die Tschekisten, die über Tod und Leben ihrer Mitbürger entscheiden durften, waren nur in wenigen Fällen ehemalige Revolutionäre. Es waren unter ihnen die verschiedensten Beschäftigungsklassen vertreten, sehr oft rekrutierten sie sich aus unläuteren Elementen, aus Psychopathen, Sadisten u. a. m.

Formen der Todesstrafe und die Folterungen.

Wie und von wem aber wurde die Todesstrafe vollstreckt? Ihre meist übliche Form war das Erschießen. Gewöhnlich wurden mehrere Verurteilte gemeinsam hingerichtet. Das geschah nicht selten in geschlossenen Räumen, z. B. in Moskau in einer unter dem Haupte sich befindenden Auto Garage, die sogar mit einem Abstrichrohr für das Blut der Hingerichteten versehen war. In der Regel wurden während der Exekution die Motore der Automobile in Tätigkeit gesetzt, damit die Schüsse überdünnt wurden. Ofters aber fand die Hinrichtung im freien Feld, auf einem Hofe oder irgendwo außerhalb der Stadt. Den Opfern wurden die Augen verbunden und die Militärabteilung der Tscheka gab eine Salve ab, oder die Todeskandidaten wurden einzeln durch einen Schuß in den Nacken ins Jenseits befördert. Lebten sie noch, so gab man ihnen mit dem Gewehr- oder Revolverkolben die „Gnadenschläge“ auf den Schädel. Bei Massen Hinrichtungen wurden die Verurteilten oft gezwungen, sich selbst das Grab zu schaufeln. Es gab aber noch mehr Todesarten. Besonders mannigfaltig waren sie während des Bürgerkrieges — man weite eiferte direkt im Aushecken neuer. Da wurden die Köpfe auf blutige Art abgeschlagen: die Opfer mußten dabei ihre Hände recken — so kam der berühmte General Rukhi ums Leben. Dann wieder vergrub man sie bei lebendigem Leibe oder verbrannte sie; man ver-

wandelte die Menschen in Eisäulen, indem man sie im Winter draußen mit kaltem Wasser begoß oder man tauchte sie in siedende Flüssigkeit; man cæderte, pflöhte und kreuzigte sie, man erhängte sie zu Hunderten und ertränkte sie in Massen.

Das Schlimmste jedoch war, daß selbst mittelalterliche Folterungen mit oft eigens hierzu erfundenen Werkzeugen praktiziert wurden. Lehteres ist offiziell bestätigt und sogar Gegenstand von Gerichtsverhandlungen geworden. So äußerte sich die Tochter des vom Königsberger Hochverratsprozeß der bekannten Professors Reichen er, die als Kommunistin kein Blatt vor den Mund nahm, über die Petersburger Tscheka: „Ich erröte beim Gedanken an eure Folterkammer“. Im offiziellen Organ der russischen Regierung, „Iswestija“ vom 12. Dezember 1923 konnte man die Worte des Vorsitzenden des revolutionären Tribunals in Omsk lesen: „Solche Mittel, die an die spanische Inquisition erinnern, sind unzulässig“, meinte er. Doch nicht immer sprachen so die Vorsitzenden der revolutionären Tribunale und direkt entgegengesetzt handelnde Vorsitzende der Tschekaorgane. Sie spielten öfters sogar selbst die Rolle von Folterknechten: sie folgten darin übrigens nur den geheimen Anweisungen aus Moskau. Es wurde dabei nicht allein das durch das Omsker revolutionäre Tribunal gerügte Begießen mit brennendem Siegelack und Abreiben der wunden Haut ausgeführt, sondern noch verschiedene andere. So wurden Nadeln unter die Nägel gestochen, die Geschlechtsorgane gequetscht, Daumenschrauben angelegt, die Glieder auseinandergerissen, die Augäpfel gedrückt, der Schädel mit Revolverkolben blutig geschlagen, fiktives Schießen geübt u. a. m. Ausgegrabene Leichen wiesen ungläubliche Verstümmelungen auf.

Die Henker.

Wer aber waren die Henker? Im zaristischen Rußland gab es wie in allen anderen „zivilisierten“ Ländern Scharfrichter. Größtenteils waren es frühere Kriminelle. Als ehrbar wurde der Beruf nicht angesehen. Der Henker erhielt pro Stück bezahlt. Es kam unter Umständen sogar zu zivilrechtlichen Streitigkeiten. So erschien einmal in einer juristischen Konsultation ein Henker, dem der Staat statt der vereinbarten 160 Rubel für 10 Hinrichtungen nur 100 Rubel gezahlt hatte. Bei der ersten Hinrichtung nach der Oktoberrevolution machte es nicht selten Schwierigkeiten, einen Henker zu finden — die Blutspinnse hatte die Seelen der Menschen noch nicht in ihren Bann genommen. So weigerten sich z. B. die Rotgardisten des Moskauer revolutionären Tribunals, dessen Todesurteile zu vollstrecken. Die Henkerdienste leistete dann freiwillig ein 19jähriger Student, der sonst die Funktionen eines Untersuchungsrichters inne hatte. Später machte es weniger Scherereien: man hatte immer genug Henker zur Hand. Es meldeten sich sogar Freiwillige aus Liebe zur „Kunst“. Einmal waren es ganze Militärabteilungen der Tschekisten, die diese Todesurteile ohne viel Gewissensbisse in Befolgung der ihnen gegebenen Befehle vollzogen. Dann gab es einzelne Henker, oft frühere Banditen, die sich durch diese Tätigkeit ihr Leben erkauft hatten, — sie arbeiteten für Stückzahl. Ferner sind die Fälle erwähnenswert, in denen Richter und Henker in einer Person auftraten: nicht selten waren es die Vorsitzenden der Tscheka oder der besonderen Tribunale in eigener Person. So funktionierte in Moskau eine Zeitlang ein besonderes Tribunal bei der Kriminalpolizei, das das Recht hatte, Kriminelle standrechtlich hinzurichten. Als Leiter der Kriminalpolizei fungierte damals ein junger Mensch namens Trepalow, der auch Vorsitzender dieses Tribunals war. Er vollzog auf dem Hofe der Kriminalpolizei eigenhändig die Todesstrafe, indem er den Verurteilten einzeln durch den Radeuschuß den Garaus machte. Trotz er schlecht, so zertrümmerte seine Frau dem Angehörigen den Schädel mit dem Revolverkolben. Trepalow wurde dabei als psychisch nicht einwandfrei seines Postens enthoben.

Frauen als Henker.

Die Frauen als Henker bilden ein Kapitel für sich, und zwar eines der grauenhaftesten. Solche Frauen gab es nur in Odesa, in Bologda, in Baku, in Moskau und wer weiß wo noch. Eine der markantesten Figuren der allrussischen Tscheka war ein Arzt, namens Redroff. Er bereiste ganz Rußland mit seinem besonderen Straßeneisenbahnzug, stellte überall Listen von Todeskandidaten auf und ließ sie zu Hunderten erschießen. Seine Frau hat eigenhändig Hun-

derte von Menschen ins Jenseits befördert. Redroff selbst hat in Irrenhäusern geendet. Verübt war eine Frau als Henker in Moskau. Sie erschien gewöhnlich mit einer Zigarette im Munde, eines Beilsche in der Hand und einem Revolver am Gürtel in dem Gefängnis Butyrki, um ihre Opfer abzuholen.

Nicht selten waren es ganz junge Menschen von angenehmen weichen, echt slawischen Zügen, gutgepflegt und tadellos gekleidet — man sah ihnen die wollüstige Grausamkeit nicht an. So gab es in Moskau einen Todeskommissar Swanow. Er fuhr in regelmäßiger Abständen in seinem geschlossenen Auto am Gefängnis vor und rief seine Opfer mit. In den Korridoren, in den Gemeinschafts- und Einzelzellen herrschte sofort eine unheimliche Stille, niemand wählte mehr nun an die Reihe komme. Die Gefangenen verdedten sich unter den Britschen, gaben kein Lebenszeichen von sich, wenn sie ihren Namen aufrufen hörten, sie klammerten sich frampshast an die Eisensätze der Britschen, wenn man sie gewaltsam wegschleppen versuchte; nahmen hin und wieder schnell wirkendes Gift ein, um so der Hand des Henkers zu entgehen. Noch größer war die Peil derjenigen Menschen, die zu früh aus dem Gefängnis in die Tschekabefehle wurden und dort einige Tage warten mußten, bis ein genügende Zahl von Todeskandidaten sich anzahlte hatte. Nicht selten wurden diese Menschen in Erwartung ihrer Hinrichtung geisteskrank. Mit Geisteskrankheit endeten aber auch nicht wenige der Henker. — Man kann allem Anscheine nach doch nicht gänzlich gestraft seine Mitmenschen hinmorden. Von diesem Standpunkt aus sind auch die Selbstmorde interessant, die vor nicht allzu langer Zeit zwei deutsche Henker begangen haben. Daß russische Henker sich in der letzten Zeit das Leben genommen hätten, ist nicht bekannt geworden; dagegen wird von verschiedenen Seiten über eine spezielle Henkerkrankheit berichtet. Der Henker wurde plötzlich von Tobuchisanfällen betroffen, wand sich in Krämpfe, litt am Verfolgungswahn. Nicht selten passierte es mit Matrosen, die an den Eisenbahntribunale Henkersdienste zu leisten hatten. Prof. Melgunoff erzählt u. a. von dem Moskauer Haupthenker Wago. Nachdem er 15 bis 20 Mann in einer Nacht hingerichtet hatte, warf sich plötzlich auf den Hinrichtungensbühnen. Kommandanten der besonderen Abteilung der Tscheka, Popow, mit den Worten: „Stehe dich aus!“ Es kostete nicht wenig Mühe, ihn zu beruhigen. Groß ist auch die Zahl der Henker und sonstiger Tschekisten die durch Kollapsen ihrer Gewissen befallenen und ihre Nerven aufpeitschten. Als Folterknechte fungierten oft die Untersuchungsrichter der Tscheka selbst. So kam es in einem sensationellen Prozeß vor dem Moskauer Tribunal zur Sprache, daß der Untersuchungsrichter Lukitski die von ihm verurteilten Untersuchungsangehörigen von dem Revolverkolben bearbeitete. Daß unter diesen Menschen sich ein ungeheurer Zahl von Psychopathen befanden, liegt auf der Hand. Ein ausgesprochener, und zwar gemeingefährlicher Psychopath ist der eigenartige Schöpfer der allrussischen Tscheka, ihr Führer, Vorsitzender und auch jetzt noch einer der einflussreichsten Kommandanten der Pole Felix Dzerzhinski. Ebenso wirkt schon allein seinem Reputieren nach als Degenerat einer der bedeutendsten Tschekisten, der Vize Peters, dem übrigens seinerzeit in England für eine Expropriation die Todesstrafe drohte.

Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, im Rahmen eines Zeitungsartikels nur annähernd den hundertsten Teil der eigenen Erinnerungen oder des Inhalts des sensationellen Buches des Prof. Melgunoff zu erschöpfen. Die Praktiken der Tscheka werden jedenfalls neben der mittelalterlichen Inquisition vielleicht das urgeheuerlichste Kapitel der menschlichen Verirrungen bilden. Für den Psychopathologen und Seelenforscher bietet sich aber hier ein schier unerforschliches Material.

Unlauterer Kampf gegen Konsumvereine.

In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß Konsumvereine der Konsumgenossenschaften — Bädermeister, Krämer usw. — die ihnen unbequemeren Verbraucherorganisationen dadurch zu schädigen versuchten, daß sie Angehörige der Verteilungsstellen verleiten, Waren an Nichtmitglieder abzugeben, was das Genossenschaftsgesetz verbietet. Man mißbraucht so gar Kinder von Vereinsmitgliedern hierzu. Bislang sind diese unfauberen Machenschaften in allen Fällen fehlgeschlagen. Es kann aber nicht schaden, wenn alle Leute, die zu solchen ungebührlichen Handlungen neigen, nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht werden, daß auch die Verleitung zu strafbaren Handlungen strafbar ist, und daß gerade bei dieser Art „Kampf“ gegen die Konsumvereine sich sehr leicht das Sprichwort bewahrheiten kann, daß, wo andere eine Grube gräbt, selbst hineinfällt.

Die Venus von Syrakus.

Von Clara Rahla.

„Gewollt?“ sagte Renzo halb träumerisch. „Was in aller Welt soll ich gewollt haben?“ rief er dann, plötzlich heftig werdend, heraus. Wie ein Ahnen durchzuckte es ihn. Er stürzte vorwärts, stieß beiseite, was ihm in den Weg kam, lief in Gagini's Werkstatt, zum Holzverschlag, riß den Vorhang zur Seite — und da entfuhr ihm ein so schmerzvoller Schrei, daß alle still wurden.

„Meine Venus, meine Venus!“ jammerte er. Dann wandte er sich um, einem gereizten jungen Stiere gleich. „Wer — wer!“ rief er aus.

Eine kurze Weile noch blieb es still. Dann prasselten alle Erklärungen zu gleicher Zeit auf ihn ein.

Und immer wieder hörte er: „Fiametta, Fiametta!“ Diese Bierige, Eiferjüchtige, Kindische! Ja, er verstand.

Die vielen Worte schlossen sich zu einem derben, kleinen Gefüge.

„Wo steckt die Lügnerin, sie war niemals bei mir in Monreale,“ und seine Stimme war so, wie niemand sie je gehört hatte.

„Um dir zu nutzen — ich konnte dich nicht erreichen — du warst in San Martino delle Scala — der Fremde reifte ab, nach Rom!“ Die Stimme kam hinter den breiten Rücken der Brüder Falconi hervor.

„Verfluchte Kreatur!“ Renzo wollte auf Fiametta losfahren, doch er besann sich. In größter Wut warf er den Beutel mit den tausend Lire nach der Richtung hin, in der sie stand.

Man sah ihn befremdet an.

Tausend Lire!

Gagini hob den Beutel gelassen auf. Der Junge würde sich schon besinnen.

Als Renzo den Meister so sah, den Beutel an seine Brust drückend, rief er in sprühender Leidenschaft:

„Judas, alter, elender Judas!“

Dann verlagte ihm die Stimme, und fast flüsternd fügte er hinzu: „Es war ja keine Kopie — Kopf, Arm und Hand nicht. Meine, meine Arbeit.“ Und wie er das sagte, zerbrach auch seine spielende Leichtigkeit.

Der Alte hatte ihn eindringlich beobachtet. Jetzt wandte er sich zu Renzo, der wie ermattet an dem Verschlage lehnte. „Geht nur, geht alle fort,“ sagte er den vielen Gassern, und er drängte sie mit ausgebreiteten Armen hinaus.

Kaum waren sie weit genug entfernt, da schluchzte Renzo auf. Doch er konnte nicht weinen, er fühlte schmerzhaft Stöße in seiner Brust.

„So, das war deine Arbeit, mein Junge,“ sagte Gagini leise, „dann segne dich Gott, du bist ein großer Künstler, Renzo.“

Der hörte kaum hin. „Ich muß sie wieder haben, ich will sie wieder haben,“ wiederholte er mehrere Male hartnäckig verbissen.

„Das ist nicht so einfach, sie ist auf dem Wege nach Rom.“ Gagini erzählte nun alles genau so, wie es sich zugetragen hatte. Renzo sammelte sich, sagte die Worte auf. An eine Gefahr für sich selbst, für Livia, für seine Helfer dachte er gar nicht; er bebt vor Erregung, vor Wut, daß irgendein Kerl daherkam und kaufte, was einzig war. Daß er diese göttliche Venus in sein Haus schleppte und wie einen Tisch oder einen Schrank aufstellte. Daß sie beleidigt und verborgen zwischen allerlei anderem Tand und Kram stehen würde.

In Rom! Er hatte davon geträumt, sie einmal im Triumph dorthin zu bringen. Auf einem freien Platze sah er sie stehen, in heller Sonne, bewundert, geliebt.

„Meister, Meister,“ rief er verzweifelt, „sie war ja alles!“ Und der Alte begriff ihn. Er nickte traurig, wiewohl seine Jahre ihm sagten, daß es andere Wege für Renzo geben würde, und daß dieser erste, schöne, ja nicht ganz verschüttet sei.

„Sie war alles!“ wiederholte Renzo nochmals ungestüm, und dann rannte er hinaus.

Zunächst wußte er gar nicht, wohin es ihn trieb, er lief ziellos geradeaus. Durchbraust von Gefühlen des Zornes, der Enttäuschung, des Verrates und Verkaufteins, erkannte er nicht Straßen noch Menschen.

Fiametta? Fiametta hätte er durchprügeln können. Besser, sie gar nicht sehen. Er durchschaute sie ganz und gar. Niemand hatte er sie lieb genug gehabt, um blind gegen ihre Fehler zu sein, sie gar noch hübsch herauszuputzen, diese vielen Mängel ihres Herzens und Hirns! Nie wieder zu Fiametta! Das wenigstens, dieses eine, hatte sich ihm klar enthüllt: eine Verbindung mit Fiametta zog hinab.

Er blieb stehen, sah auf die Stadt zurück, ballte sein Hände zu kräftigen Fäusten, schüttelte sie in das linde Abend getönd hinein, und dabei rief er, so laut er nur konnte: „Bei rücktes, dummes, verruchtes Geschöpf!“ Und er mußte auch so laut, wie nur irgend möglich, rufen, denn der letzte Rest von Zärtlichkeit sollte heraus, und zudem mußte irgendetwas geschehen.

Jetzt erst bemerkte Renzo, daß er fest auf seinen beiden Beinen stand, und daß sie ihn wiederum zu den Benediktinern nach Monreale hinauftrugen.

War schon ganz recht so! Was sollte ihm wohl helfen Arbeit. Vor allem einmal seine Arbeit. Jetzt wollte er sie und allen anderen beweisen, daß er auch ohne diese Venus ein ganzer Kerl sei.

Diese Venus?

Wie eine ferne, doch keineswegs lichte Wolke kam ein großer Gedankenball herangefegelt. Diese Venus war ja für jeden, der die griechische Statue nicht kannte, wohl aber der schönen Kopf, die Principessa Livia di San Calado.

Bech und Schwefel, das war eine dumme Geschichte!

Nicht so sehr für ihn selbst — man würde ihm ja nicht gleich den Kopf abschlagen — obgleich?

Rein, es war eine ganz niederträchtige Geschichte, für ihr für die Prinzessin, für den Einzigen, für die Talgdrüse — und schließlich vielleicht gar für Mutter Rosina, Ercole un Niccolò.

Ach was, gar so weit durfte man nicht gehen! Hatte die Schar der prinzipalen Abgeordneten das ganze Land um sein Besitzung herum nicht wie Hunde abgeknüffelt? Und nicht die kleinste Fährte hatten sie entdeckt. Folterkammern gab es nicht mehr; man würde niemals aus ihm herauslocken, was er verschweigen wollte.

Wenn der alte Prinz an einem Gallenleiden zugrund ging, so geschah ihm recht. Doch da war Livia, der Einzige und er selbst.

Renzo schritt eilig dahin. Er versuchte es, sich einzeln reden, daß diese Liebesgeschichte der Prinzessin und der Grafen Sisto di Branco — der würde es ja wohl sein — ihn nicht das allermindeste angehe, doch es steckte irgend etwas in ihm, was diesem Gedanken kräftig entgegenarbeitete.

Die Statue war unterwegs nach Rom.

(Fortsetzung folgt.)

Herabsetzung der Beherbergungssteuer!

Aus einer gemeinsamen Verfügung des Preussischen Ministers des Innern und des Finanzministers teilt der Amtliche Preussische Pressedienst folgendes mit: Im Hinblick auf die besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen das deutsche Hotel- und Gastwirtschaftsgewerbe in der heutigen Zeit zu kämpfen hat, muß Bedacht darauf genommen werden, unter Wahrung der finanziellen Notwendigkeiten der Gemeinden die Sätze der kommunalen Beherbergungssteuerordnungen auf ein für Wirtschaft und Verkehr erträgliches Maß zurückzuführen, zumal dort, wo die bisherigen Sätze meist noch ein Entwertungsrisiko in sich schließen, da es unter den heutigen Währungsverhältnissen fortfällt. Die Gemeinden, die eine kommunale Beherbergungssteuer von mehr als 10 v. H. erheben, werden daher ersucht, möglichst bald, sowie sie dazu finanziell in der Lage sind, eine Ermäßigung der Steuererlässe einzutreten zu lassen. Die Ermäßigung kann gegebenenfalls schrittweise vorgenommen werden, das Ziel aber muß sein, in möglichst naher Zeit auf den Satz von höchstens 10 v. H. des feuerpflichtigen Entgelts zu gelangen. Mit dieser Maßgabe ist auch bei Steuerordnungen, deren befristete Genehmigung jetzt oder in der nächsten Zeit abläuft, die schrittweise Ermäßigung zulässig; die Verlängerung der Genehmigung wird daher nicht unter allen Umständen von einer sofortigen Herabsetzung auf 10 v. H. abhängig zu machen sein, vielmehr ist auch in diesem Falle den finanziellen Verhältnissen der betreffenden Gemeinde Rechnung zu tragen. — Neu einzuführende Beherbergungssteuern sind dagegen nur noch dann zu genehmigen, wenn sie den Satz von 10 v. H. nicht überschreiten.

Der Berliner Magistrat hat sich mit der Herabsetzung der Beherbergungssteuer in seiner gestrigen Sitzung erneut beschäftigt. Man erkannte wohl den verkehrsfeindlichen Charakter dieser Steuer an und war auch der Auffassung, daß, sobald es die Finanzlage der Stadt zulasse, eine Aufhebung dieser Steuer ernstlich in Erwägung gezogen werden müsse. Dieser Zeitpunkt ist aber noch der Erklärung des Räumers noch nicht gekommen. Bismehr ist die Finanzlage der Stadt zurzeit noch so unklar und gespannt, daß auf die Einnahmen aus der Beherbergungssteuer nicht verzichtet werden kann. Die Verhältnisse haben sich in dieser Beziehung gegenüber dem Zeitpunkt der ersten Beschlussfassung des Magistrats vor drei Wochen in nichts geändert. Der Magistrat beschloß deshalb, seinen ersten Bescheid aufrecht zu erhalten und es bei einer Herabsetzung auf 15 Proz. zu belassen. Zugleich beauftragte er aber den Räumers, binnen drei Monaten erneut zu berichten, ob die Finanzlage dann eine Aufhebung der Beherbergungssteuer zulasse.

Die Zahlung der Mietsteuer.

Im „Vorwärts“, Nr. 303 vom 30. Juni, war erklärt worden, daß die Mietsteuer jetzt zusammen mit der Miete um Monatsraten zu zahlen sei, weil die Mietsteuer ohne besondere Berechnung für jedes einzelne Haus und jeden Mieter in den mit Wirkung vom 1. Juli 1924 ab festgesetzten 62 Proz. der Mietmiete miteinhalten ist. Für den Hauswirt sei die Zahlung der Mietsteuer erst am 16. jeden Monats fällig, sogar noch mit einer Schonfrist von sieben Tagen. Dazu schreibt uns ein Mieter, sein Hauswirt habe folgenden Ratgehalt erhalten: „Wir ersuchen, die rückständige Hauszinssteuer für Juni mit 163,60 Mark, Verzugszuschlag vom 5. Juni von 163,60 Mark mit 16,30 Mark (10 Proz.), Wohngebühren mit 9 Mark, zusammen 189,90 Mark, innerhalb einer Woche bei Vermeidung der Mietpändung zu zahlen.“ Leider gibt der Mieter keine Wohnung nicht an, so daß nicht festgestellt werden kann, um welche Steuerklasse es sich handelt. Tatsächlich arbeiten die einzelnen Steuerstellen bei der Einziehung der Mietsteuer verschieden. Die einen geben die siebenwöchige Schonfrist, die anderen geben sie nicht. Auf keinen Fall kann schon in der ersten Monatshälfte gemahnt werden, da eine Sonderbekanntmachung des Magistrats vom 3. Juli 1924 über die Hauszinssteuer unmissverständlich sagt: „Die Steuer wird wie bisher am 15. eines jeden Monats fällig.“ Ueber die Verzugszuschläge sagen die Steuerstellen auf den Wohnzetteln folgendes: „Zu dem Steuerbetrag kommen für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen halben Monat 5 v. H. als Zuschlag. Bei Reicheinkommen- und Grunderwerbsteuer wird der Zuschlag für die ersten 15 Tage nicht erhoben, wenn Zahlung innerhalb einer Woche nach Fälligkeit geleistet wird.“ Demnach ist unklar, weshalb auf dem vorstehend mitgeteilten Ratgehalt zehn Prozent Zuschlag berechnet worden sind. Einheitsliches Verfahren der Groß-Berliner Steuerstellen, namentlich auch hinsichtlich der Schonfrist, wäre sehr zu wünschen. Die Schonfrist ist besonders angebracht für die zahlreichen Häuser, in denen bis zur Mitte des Monats nicht sämtliche Mieten eingezogen, um die hohen Steuerbeträge am Fälligkeitstage zahlen zu können.

Au die Versichertenvertreter in Betriebskrankenkassen.

Am 12. und 13. Juni d. J. tagte in Breslau die 12. Generalversammlung des Hauptverbandes deutscher Betriebskrankenkassen (Sitz Essen). Am Tage vor Beginn fanden sich die Versichertenvertreter zu einer Vorbesprechung zusammen. Der Hauptinhalt der vielstündigen Aussprache war der Stärkung des Einflusses der Versichertenvertreter im Hauptverband gewidmet. Es ist noch gar nicht solange her, daß die Versicherten in diesem Verband überhaupt kein Mitbestimmungsrecht besaßen. Erst auf der Generalversammlung im Jahre 1922 räumten die Unternehmer, die bisher die Allein herrschaft ausübten, den Versicherten ein Drittel der Sitze im Vorstand und Ausschuss ein. Die Forderung der Versicherten, ihnen mindestens die Hälfte (Parität) der Sitze zuzugestehen, wurde abgelehnt. Den Vertretern der Versicherten ist es zu verdanken, daß eine vom Ausschuss eingesetzte Kommission von Unternehmern, Geschäftsführern und Versicherten einen Kompromißvorschlag ausarbeitete, der den beiden Parteien je die Hälfte der Mandate im Vorstand und Ausschuss einräumt mit der Maßgabe, daß je eine bestimmte Anzahl von Geschäftsführern mitzuzählen haben. Die an der Breslauer Vorbesprechung teilnehmenden Vertreter stimmten dieser Regelung (die am nächsten Tage auch von der Generalversammlung angenommen wurde) zu, mit der ausdrücklichen Erwartung, daß die weitergehenden Forderungen bei erstbesther Gelegenheit durchgedrückt werden sollen. Es ist zu beachten, daß in vielen Bezirks- bzw. Unterverbänden von Betriebskrankenkassen auch heute noch die Versicherten keinerlei Einfluß ausüben, obwohl sie nach der Reichsversicherungsordnung in den einzelnen Kassenorganen zwei Drittel der Sitze einnehmen. Es wird die Aufgabe der Vorstands- und Ausschussmitglieder in allen deutschen Betriebskrankenkassen sein, in den Körperlichkeiten der Bezirks- bzw. Unterverbände mit Hilfe der Gewerkschaft Abhilfe zu schaffen. Notwendig ist ein enges Zusammenwirken der Versichertenvertreter. Die Anwesenden beauftragten die bereits vor zwei Jahren in Kassel gewählte Kommission, die Verbindung mit den Kollegen aufzunehmen, um die Auswirkung der Beschlüsse der Generalversammlung, soweit sie den Einfluß der Versichertenvertreter betreffen, zu übernehmen.

Zuschriftler sind an die Kommission, zu Händen des Kollegen Johann Köster, Berlin N. 20, Wellermannstraße 20, II, zu richten. Die Versichertenvertreter, welche noch nicht in Verbindung mit der Kommission stehen, werden gebeten, ihre Adresse einzuschicken. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Besser von Vermögen, das in England beschlagnahmt wurde, können unter bestimmten Bedingungen und wenn noch nicht eine Gütschrift auf Reparationskonto des Deutschen Reiches statgefunden hat, auf Freigabe ihres Vermögens rechnen, wenn sie entweder englische Staatsangehörige einmal besaßen oder in Großbritannien oder den britischen Kolonien anfänglich gewesen sind oder Erbschaften und Schenkungen von Engländern zu erhalten haben. Anmeldungen sind bis zum 1. August d. J. beim Secretary of Lord Blandburgh's Committee, Board of Trade, Great George Street, London E.C. 4, einzureichen. Der Bund der Auslandsdeutschen, Berlin C. 2, Klosterstr. 75, erteilt Antragstellern bereitwillig Auskunft.

Die gestrige Funktionärinnenkonferenz machte für die Vorstandswahl dem bevorstehenden Bezirkstag folgende Vorschläge: für den engeren Vorstand die Genossinnen Lodenhagen mit 129 Stimmen, Wachenheim 124 Stimmen; für den erweiterten Vorstand die Genossinnen Bohm-Schuch 166 Stimmen, Efride Knyed 136 Stimmen, Else Scheidenhuber 116 Stimmen, Gertrud Scholz 103 Stimmen, Margarete Wengels 84 Stimmen. Es erhielten außerdem noch Stimmen für den engeren Vorstand Genossin Wurm 83, für den erweiterten Vorstand Genossin Jochim 80, Genossin Eisfelder 63, Genossin Wudtke 62 Stimmen.

Soziale Frauenschule. An der zur Volkshochschule umgewandelten Sozialen Frauenschule, Direktorium Dr. Alice Salomon, haben heute 22 Schüler und Schülerinnen ihre staatliche Prüfung als Volkshochschullehrer abgelegt. Zum ersten Male befinden sich darunter auch männliche Teilnehmer, die einen ordnungsgemäßen Lehrgang durchgemacht haben. Das neue Schuljahr beginnt im Oktober. Anmeldungen sind an das Sekretariat Barbarossastraße 65 erbeten. Sprechstunden Dienstag und Freitag zwischen 10 und 12 Uhr.

Öffentliches Konzert. Der Gesangverein „Neu Erwaht“ (R. d. D. A. S. V.) veranstaltet am Freitag, den 18. Juli, abends 7 Uhr, auf dem Armimplay, Schönliebstraße, ein öffentliches Konzert. Parteigenossen mögen sich rege an der Veranstaltung beteiligen.

Der Gemischte Chor Norden, Mitglied des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, gibt am Donnerstag, abends 8 Uhr, ein Platzkonzert im Humboldthain, an der Rodelbahn.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Die Kreisbildungsausschüsse werden nochmals dringend gebeten, die Fragebogen einzureichen. Mit Beginn der nächsten Woche gelangen die Eingekündigten für die proletarischen Festsünden zur Ausgabe.

Haarmann und sein Helfer Granz.

Bisher zwölf Morde eingestanden.

In der Haarmann-Affäre wurde vom Polizeipräsidenten in Hannover folgendes mitgeteilt: Haarmann hat nach wiederholten eingehenden Vernehmungen seine bisherigen Geständnisse bei der Kriminalpolizei gegen sich erweitert, allerdings größtenteils nach Vorhalten von Beweismitteln. Bisher hat er zwölf Morde eingestanden, deren er sich mit Sicherheit erinnert. Seine letzten Aussagen betreffen insbesondere auch den Mitbeschuldigten Granz scharf, gegen den auch sonstiges Beweismaterial vorliegt, so daß seine Mittäterschaft an den Verbrechen nicht mehr in Zweifel steht. Er hat offenbar gewußt, daß Haarmann die jungen Leute in seiner Wohnung umbrachte und hat ihm keine Opfer zugeführt, um in der Besitz der Kleidungsstücke der Ermordeten zu gelangen. Nach dem ärztlichen Gutachten stammen die bei dem Durchsuchen der Leine gefundenen Knochen von 24 Menschen, dabei ist allerdings noch nicht bewiesen, daß letztere sämtlich von Haarmann oder anderen Personen umgebracht wurden. Es können sehr wohl zum Teil auch Körperreste von Verunglückten oder Selbstmördern sein. Die Verhandlungen werden hierüber noch weitere Aufklärung bringen. Auf wiederholte Anfragen der Presse und des Publikums wird mitgeteilt, daß die genaue Zahl der Opfer Haarmanns im Hinblick auf sein angeblich schlechtes Erinnerungsvermögen und in Anbetracht der Tatsache, daß er auch Kleidungs- und Wäschestücke verkaufte, schwer festzustellen ist. Nach den bisherigen Unterlagen kann aber wohl mit Sicherheit gesagt werden, daß es sich um mindestens 20 Opfer handelt.

Die Polizei in Hannover verteidigt sich.

Die wegen der Mordtatsache Haarmann zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetretenen Beamtenausschüsse des Polizeipräsidenten in Hannover haben folgende Rundgebung beschlossen: 1. Die Beamtenschaft des Polizeipräsidenten verlangt, daß die in der Mordtatsache Haarmann gegen Polizeibeamte in der Öffentlichkeit erhobenen Angriffe in dem Bereich von den dazu berufenen Stellen eingeleiteten Untersuchungsverfahren restlos bis zur Ermittlung der vollen Wahrheit aufgelöst werden. 2. Die Beamtenschaft weist die von der kommunistischen Partei in der Presse und in Versammlungen gegen die Polizei geführte verlogene und tendenziöse Propaganda zurück, da sie nur den Zweck verfolgt, die Polizei in den Augen des Publikums herabzusetzen und das Vertrauen der Einwohnerschaft zur Polizei zu untergraben. 3. Die Beamtenschaft erwartet von ihren Vorgesetzten wirksamen Schutz gegen verleumderische und ehrverletzende Angriffe.

Zwölf Gehöfte auf einem pommerischen Dorf niedergebrannt.

Nach einer Meldung aus Stettin entstand nachts auf bisher noch unauferklärte Weise auf dem Gehöfte eines Bauernhofbesitzers in Granzow Feuer. Da starker Nordwestwind herrschte, griff das Feuer schnell um sich, so daß in kurzer Zeit 12 Gehöfte mit 38 Gebäuden niedergebrannt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die Trockenheit bedroht die Oderschiffahrt. Der Wasserstand der Oder ist erheblich zurückgegangen, so daß unterhalb Breslau bereits Behinderungen der voll beladenen Berliner Laifschiffahrt eingetreten sind. Von Kofelhasen konnten 143 Fahrzeuge mit 44.000 Tonnen abschwimmen.

Untergang einer chinesischen Staff? Die aus Peking gemeldet wird, ist die Stadt Kalgan, das größte Handelszentrum im Norden von Peking, durch eine Ueberschwemmung des Jangthlusses teilweise zerstört worden. Der angerichtete Schaden wird auf eine Million Dollar geschätzt. Hunderte von Häusern stürzen unter dem Druck der hereinbrechenden Wassermengen eingestürzt sein.

Absturz eines Passagierflugzeuges. Am Dienstag abend ist in der Umgebung von Warschau ein Passagierpostflugzeug der französisch-rumänischen Gesellschaft aus größerer Höhe abgestürzt und völlig zertrümmert. Der Pilot und ein Passagier wurden getötet.

Das Explosionsunglück auf der Tsché Bonkajus hat leider noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Der Steiger Wih. Widlers ist seinen schweren Verletzungen im Laufe des Montags erlegen. Damit sind dem Unglück insgesamt fünf Bergleute zum Opfer gefallen.

Untersuchungen bei der Reichsbankstelle in Frankfurt. Bei der Reichsbankstelle in Frankfurt hat sich ein großer Fehlbetrag von einigen 100.000 Mark ergeben. Der Verlust ist durch großen Vertrauensbruch eines älteren Kassierers entstanden, der die Beträge der Kasse entnommen hat. Ein großer Teil des Fehlbetrages scheint durch Vermögenswerte gedeckt zu sein.

Flugdienst Moskau—Arim. Von Moskau ist nach dem Fernerposten ein Flugzeug der Gesellschaft „Dobrosot“, System Junkers, abgegangen, das als erstes Wasserflugzeug den Dienst auf der Strecke Baska—Sewastopol—Sewpoter verkehren wird. Andere Maschinen für diese Linie werden demnächst folgen.

Die Anwertergeschäden im Rheinland. Die Reichstagsabgeordneten Genosse Sollmann und Ritschmann haben an die Reichsregierung eine Anfrage gerichtet, die sich mit den Unwettergeschäden im nördlichen Kreis Reuwig auf den Höhen des Westerwaldes beschäftigt. Die Getreideernte sei fast gänzlich völlig verloren. Der Schaden im Kreis Reuwig ist durch das Landratsamt in Verbindung mit Sachverständigen auf 250.000 Goldmark geschätzt worden. Die Betroffenen, in der Hauptsache kleine und kleine Bauern, sind wirtschaftlich ruiniert. In der Anfrage wird die Reichsregierung um Auskunft erlucht, welche Maßnahmen sie ergreifen wolle, um die Schäden einigermaßen auszugleichen.

Krieg im Frieden. Bei Übungen mit Handgranaten einer Schulpollgelabteilung in Badenhausen explodierte bei zu frühem Abziehen eine Granate. Hierbei wurden drei Beamte so schwer verletzt, daß der eine auf dem Wege nach dem Krankenhaus, die beiden anderen schon kurz nach der Einlieferung starben.

Indische Kämpfe. Reuter meldet aus Simla: Nach den neuesten Nachrichten haben die Kämpfe zwischen den Hindus und den Muslimen wieder begonnen. Die Ursache soll darin liegen, daß die Hindus daran verhindert worden seien, gelegentlich des Bakrid-Festes ihrem Ritus entsprechend eine Kuh bei einer Prozession durch die Stadt zu führen. Die Hindus konzentrierten sich auf der Westseite von Soddar Bazar, während die Mohammedaner die Westseite besetzten. Als der Kampf kaum begonnen hatte, griff die Polizei mit Panzerwagen ein. Die wenigen Läden, die noch geöffnet waren, wurden in aller Eile wieder geschlossen. Nähere Einzelheiten stehen noch aus. Bei den Zusammenstößen wurden sechs Personen getötet und mehr als hundert verletzt.

Eine Choleraepidemie ist in Solonki ausgebrochen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Donnerstag, den 17. Juli:



7. Kreis Charlottenburg. 7 Uhr Sitzung des Bildungsausschusses Biemarckstr. 51, Zimmer 15. Sämtliche Abteilungen müssen vertreten sein.
28. Abt. 7 Uhr bei Burg, Prenzlauer Allee 189, Funktionärsitzung.
Jungsozialisten, Gruppe Friedrichshain. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Köpenicker Str. 5, Diskussionsabend.

Morgen, Freitag, den 18. Juli:

5. Kreis Friedrichshain. 7 1/2 Uhr in den Comenius-Häusern, Remise Straße 6a, Kreismitgliederversammlung. 1. Bericht vom Parteitag. Reichskassiererin: Genossin Margarete Wengels. 2. Diskussion. 3. Kreisangelegenheiten. Mitgliedebuch dient als Legitimation.
 6. Kreis Kreuzberg. 7 1/2 Uhr bei Diebler, Pfefferkornstr. 76, erweiterte Kreisvorstandssitzung.
 7. Kreis Charlottenburg. Dreiviertelstunde für Arbeiterwohlfahrt und Kinderstunde. 8 Uhr im Rathaus, Zimmer 5, wichtige Sitzung aller in der Wohlfahrtspflege tätigen Genossen und Genossinnen. Wohlfahrtsarbeiten abzuwickeln.
 14. Kreis Neukölln. 5-7 Uhr im Sekretariat, Reichstr. 8, holen die Abteilungen die Sonderpartei für die Verammlung am Dienstag, den 22. Juli, ab, in der die Neuköllner Genossen protestieren gegen die geplanten Rölle zum Schutze der Landwirtsch.
 17. Kreis Lichterberg. 7 1/2 Uhr bei Seife, Schornmeier, Ede Kronprinzstr. 47, Sitzung aller Abteilungsleiter, Parteileiter und Stellvertreter aller Abteilungen. Sämtliche Teilnehmer unbedingt erforderlich.
 19. Kreis Prenzlauer Berg. 7 1/2 Uhr im „Arbeitsklub“, Kreisvorstandssitzung mit den Abteilungsleitern. Jede Abteilung muß vertreten sein, da Material abzuholen ist.
- Jungsozialisten, Gruppe Karlshof. Die heutige Veranstaltung fällt aus. Nächste Jubiläumssitzung am Donnerstag, den 24. Juli. — Gruppe Köpenick. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Schönhaferstr. 1. Wollter Arbeiterklub: „Arbeiterbildung“.
3. Abt. 7 1/2 Uhr bei Emil Reiger, Engelauer 23, Sitzung der Funktionäre und Funktionärinnen.
 17. Abt. 7 1/2 Uhr bei Hofe, Köpenicker 6, Funktionärsitzung.
 24. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung des Abteilungsleiters mit den Kreisleitern bei Schleiß, Bismarckstr. 20, Diskussionsabend 8 Uhr Funktionärsitzung.
 26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Rehnstorf, Carmer-Straße 123, Funktionärsitzung.
 42. Abt. Vom 17. Juli bis zum 14. August übernimmt Genosse Rothe, Schönebergstr. 15, die Rosenpflanzung der Abteilung.
 26. Abt. Mariendorf. 7 1/2 Uhr im Zimmer 26 des Rathauses, Funktionärsitzung.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr:

Sandheim-Knaben (Querspiele) werden nur noch ab 8. August angenommen. Bei Anmeldungen muß sofort Kostentragung geleistet werden. (Pro Tag 1,50 M.)
Freizeitsport: Schule, Offenbacher Str. 5, Vortrag: „Türsche und Möbel.“ — Schulbesucher in Jugendheim, Götterberger Str. 2, Vortrag: Die Entwicklung des Sozialismus. — Schwestern: Jugendheim, Bismarckstr. 3, Vortrag: ABC des Sozialismus. — Mädchen: Jugendheim, Reichsbrunnstraße, Vortrag: „Schulreform.“

Verkehrszentrum Kreuzberg, Sonnabend/Sonntag, 19. 20. Juli, Kreisfahrt nach Hangelohs-Park.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Straße 46 III.
Kameradschaft Spandau, Donnerstag, 17. Juli im Reuen Roten Keller, Turnhalle, Begegnung. — Ortsgruppe Bismarckstr. Sonnabend, 19. Juli, Bismarckstr. 12, abends 8 Uhr, Mitgliederbesprechung. — Kameradschaft Friedrichshain, Sonntag, 20. Juli, vorm. 8 Uhr, Treffpunkt Bahnhof Sadowa, Familienangehörige 1 Uhr Bahnhof Sadowa, gemeinsamer Speisegang nach Sadowa, Sonnabend. — Kameradschaft Mitte, Sonntag, den 20. Juli, früh 10 Uhr, Stadthaus, Kreuzberg, Treffen zum Ausklang. — Kameradschaft Friedrichshain, Am Montag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederbesprechung in Schmidt's Café, Friedrichshain. — Kameradschaft Charlottenburg, Am Donnerstag, den 17. Juli, abends 7 1/2 Uhr, „Mittelschiff“, Berliner Straße, Eingang Spreestraße, Begegnung. Thema: „Soll unsere Organisation ein Disziplinierendes werden oder eine Kampfgemeinschaft zum Schutze der Freiheit?“ Teilnehmer ist Pflicht. — Jungkommunisten Oberpreze, Appell am Donnerstag, den 17. Juli, Treffpunkt 8 Uhr am Bahnhof Grünau.

Kameradschaft des Schwabwälder in Berlin, Grenz 25, März 1922, Donnerstag, 17. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Joh. Hoff“, Rappiner Straße 76a, Bierstübchen, Generalversammlung. — Kameradschaft Mitte, Sonntag, 20. Juli, abends 8 Uhr, im Restaurant „Joh. Hoff“, Rappiner Straße 76a, Bierstübchen, Generalversammlung. Die Bilder von der Tour nach Sadowa gelangen in der Sitzung zur Ausgabe.

Arbeiter-Klub-Club, Gruppe Westen, Donnerstag, den 17. Juli, 7 1/2 Uhr abends, Mitgliederbesprechung bei Frau Rehnstorf, Götterberger Str. 2, 54. Thema: „Selbstverteidigung von Kandidaten.“

Männerchor Friedrichshain, Sonnabend, den 19. Juli, abends 7 1/2 Uhr, in den Comenius-Häusern, Remise Str. 6a, Treffen aller Congressüberwähler.

Arbeitersport.

Kader-Kreis „Kollonia“ Charlottenburg, Am Sonntag, den 20. Juli, Jubiläumssport. Sämtliche Sportkolonnen beteiligen sich am Wettkampf zum Reichsturnfest. Treffpunkt an der alten Feuerwache am Bauhofbahnhof um 12 Uhr. Rappen mitbringen. Am Sonntag, den 27. Juli, gemeinsamer Sport (Fußball). Treffen pünktlich 3 Uhr im Posthaus.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Mittwoch, den 16. Juli:

1. Rennen. 1. Ail (Hollmann), 2. Nicolin (Walska), 3. Damentag (Schilling). Toto: 70; 10. Platz: 19, 21, 16; 10. Ferner liefen: Traumliebe, Anlang, Wänabe, Begele.
2. Rennen. 1. Adelman (D. Müller), 2. Verotin (Ständer), 3. Glühstunde (Lortz). Toto: 10; 10. Platz: 24, 27, 24; 10. Ferner liefen: Wofa, Feuerfuss, Degenprinz, Brandung, Begonia, Nimou, Zudile.
3. Rennen. 1. Dolberg (Dreißig), 2. Balak (Bach), 3. Glühstunde (Schäfer). Toto: 33; 10. Platz: 16, 37, 31; 10. Ferner liefen: Labrador, Escorial, Volmar, Schneberg.
4. Rennen. 1. Habicht (Ventsch), 2. Puschkin (Walheim), 3. Reerger (Germann). Toto: 17; 10. Platz: 16, 25; 10. Ferner liefen: Manlius.
5. Rennen. 1. Glühstunde (D. Schmidt), 2. Leistung (Quagenin), 3. Wessina (Kosch). Toto: 26; 10. Platz: 13, 15, 22; 10. Ferner liefen: Jeta Morgana, Panilla, Romboda, Tamara, Entel, Tubo, Graf Holow.
6. Rennen. 1. Elmpier (D. Schmidt), 2. Warbus (Quagenin), 3. Marcellus (Ventsch). Toto: 15; 10. Platz: 11, 14, 14; 10. Ferner liefen: Stegl, Wiesenburg, Karawebel, Schwalbe, Wlatria.
7. Rennen. 1. Balona (H. Blume), 2. Laifkraft (B. Larros), 3. Dämmereiter (D. Dreißig). Toto: 157; 10. Platz: 36, 27, 18; 10. Ferner liefen: Banioll, Licht Albersch, Reiberg, Kriegsgewinnler, Osemittler, Abendsturm, Osteger, Pontanora, Senla.

Geschäftliche Mitteilungen.

Schluss bei Herr Sohn U. G. Am Montag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, endet der diesjährige bestelltes Billig Salomonsovercoat der Reichswehr-Paar Sohn U. G., die nur in der Geschäftsstr. 29/30 Verkaufsstätte unterhalten. Für den Schluss des sehr beachtenswerten Ausverkaufes hat die Leitung dieses Unternehmens noch ganz besonders schöne Warenposten bereitgestellt. Ob die Preiszahlung sich fortsetzen wird, ist ungewiss, da die Lieferanten auf die Abschüsse für den Herbst (oben Veranschlagt) drängen und sogar eine Verbilligung des luxuriösen Preises verlangen. Eingekauft der Billigen Angebote befinden sich in dem Institut der Firma Herr Sohn U. G.

Sozialpolitik im Landtag.

Die gestrige Mittwochsitzung des Landtags, über die wir schon im Abendblatt kurz berichteten, begann mit einstündiger Verspätung.

Der Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Obach (Komm.) für seine Fraktion, die gestrige Mitteilung des deutschen Abg. Dr. Dierberg, daß der Unterfuchungsrichter Vogt die kommunizistischen Abgeordneten zur Sichtung des bei ihnen beschlagnahmten Materials aufgefordert habe, sei falsch. Keinem Abgeordneten sei eine solche Aufforderung zugegangen.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag der Regierungsparteien auf Aenderung des Gemeindegewahlgesetzes, der nur für Hofstein lokale Bedeutung hat.

Abg. Dr. v. Kries (Dnat.) bedauert, daß von der Regierung bisher keine zuverlässige Information über ihre Absichten zu erlangen war. Er spricht die Hoffnung aus, daß dies bis zur dritten Lesung nachgeholt wird.

Die Vorlage wird ohne weitere Debatte in erster und zweiter Beratung angenommen.

Die Vorlage über die preußische Steuernotverordnung

Hauszinssteuer

wird auf Zentrumsantrag auf die Tagesordnung der Donnerstagsitzung gesetzt.

Abg. Dr. Meyer-Dspreuhen (Komm.) bezeichnet dies als unerhörte Verschleppung.

Abg. Ebersbach (Dnat.) erklärt sich grundsätzlich auch gegen die Abhebung; an der Stellung der Parteien könne sich nichts mehr ändern. Wenn seine Partei dem Wunsch einer großen Partei Rechnung trage, so tue sie es nur in der bestimmten Voraussetzung, daß der Gegenstand noch vor der Vertagung erledigt werde.

Auch die Vorlage über Aenderung des Handelskammergesetzes kommt nicht zur Beratung.

Das Haus berät nun die

Notverordnung über die Fürsorgepflicht.

Nach der Vorlage werden die Aufgaben der Landes- und Bezirksfürsorgeverbände von den Organen der Gemeinden und Gemeindeverbände als Selbstverwaltungsangelegenheiten durchgeführt. In der Verordnung wird der Aufgabenkreis der Verbände genau umgrenzt und es werden Bestimmungen über die Aufbringung der Mittel festgelegt. Auch sind Bestimmungen aufgenommen über die soziale Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) bekämpft eine Reihe von Bestimmungen als unsozial.

Nachdem Abg. Wienholz (D. Hannov.) die Stellung seiner Fraktion zu der Vorlage dargelegt hatte, wies

Abg. Maroke (Soz.)

Angriffe der kommunistischen Rednerin gegen seine Partei wegen ihrer Stellung zur Fürsorgefrage zurück. Nach der Denkschrift des Reichsarbeitsministeriums haben wir es mit 1231000 Invalidenrentnern und mit insgesamt 2590000 Sozialrentnern überhaupt zu tun. Die Fürsorge steht unter ungünstigen Stern; es wird ja überall abgebaut. Besonders bedauerlich ist die Erklärung der Regierung, sie denke nicht daran, irgendwelche Mittel für die Fürsorge zur Verfügung zu stellen. Wenn Bayern Zuschüsse leistet, wenn Baden sogar ein Drittel der Kosten übernommen hat und einen Bundesauszuschuß für Fürsorge vorgesehen hat, so könnte auch Preußen etwas tun.

Abg. Dallmer (Dnat.) wird schon bei seinen einleitenden Worten von den Kommunisten mit lärmenden Zurufen unterbrochen; der Kommunist Rogg, der ihm zuruft: Kompletter Idiot! erhält seinen Ordnungsruf. Dallmer führte aus, alles müsse aufgebodet werden, die jetzt vom Reiche auf die Länder bzw. Provinzen und Gemeinden übertragene Fürsorgepflicht so auszugestalten, daß sie eine wirkliche Fürsorge gewährleistet.

Abg. Bräuder (Soz.):

Die kurze Zeit, seitdem die Ausführungsanweisung zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt in Kraft ist, hat schon gezeigt, daß die Selbstverwaltung nur noch auf dem Papier steht. Die Befugnisse der Jugendämter müssen auch auf die Jugendpflege ausgedehnt werden. Die Prügelstrafe sollte doch endlich aus der Jugendfürsorge verschwinden. Der Berufsberatung muß auch in erheblichem Umfang die Berufsberatung zur Seite treten. Die Praxis hat ferner bereits ergeben, daß es falsch war, die Beaufsichtigung der in Lehrstellen untergebrachten Fürsorgegekönglinge den Jugendämtern zu nehmen. Es muß dahingestrebelt werden, die Abbauperordnung, die das Reichsgesetz zum großen Teil außer Kraft gesetzt hat, so rasch als möglich wieder zu beseitigen.

Abg. Heidenreich (DBP.): An den erlassenen Verordnungen kann ja doch nichts geändert werden; wir müssen daher für ihre Annahme stimmen, damit endlich auf dieser Grundlage praktisch gearbeitet werden kann. Ich weise es mit aller Schärfe zurück, wenn von links her der Vorwurf ertönt, wir Bürgerlichen hätten für die Sozialrentner, die Kriegsbeschädigten, die Fürsorgebedürftigen nur schöne Worte aber kein Geld (Zurufe von den Kommunisten). Ihre (zu den Kommunisten) „Internationale Arbeiterhilfe“ ist ja doch bloß ein von Moskau geschaffenes Agitationsinstrument (lärmender Widerspruch der Komm.). Sie leisten sich die billige Behauptung, eine wirkliche Volksfürsorge sei nur zu erreichen, wenn das Proletariat die Sache in die Hand nimmt. Wie sehen aber die Kommunisten als Arbeitgeber aus? Unser Kollege Paul Hoffmann (Komm.) hat in seiner Gastwirtschaft nach der Bekundung einer Berliner Zeitung zwölfjährige Schulmädchen übermäßig lange Zeit, 18 und 20 Stunden täglich, bis 4 Uhr nachts, beschäftigt. (Große Unruhe bei den Komm., Abg. Paul Hoffmann ruft entrüstet: Spiegelsarbeit! Äuß! Elende Verleumdung!). Wöge doch Herr Hoffmann jetzt zur Klarstellung das Erforderliche veranlassen.

Abg. Frau Arendsee (Komm.) bezeichnet dann die soeben aufgeführte Zeitungsnachricht betr. den Abg. Paul Hoffmann als Schwindel.

Abg. Frau Heßberger (Z.): Reinen Parteifreunden scheint der Einfluß der Geistlichkeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge noch nicht genügend gewährleistet.

Abg. Paul Hoffmann (Komm.): Die gegen mich heute ausgespielte Zeitungsnachricht beruht auf einer Verleumdung. Wir werden Gelegenheit nehmen, diesen Schwindel zu zerstören. Dieselben Methoden, welche die Sozialdemokratie jahrelang so scharf bekämpft hat, wendet sie (?) jetzt gegen uns an, ein Beweis, wie tief sie gesunken ist. Da um 1 Uhr Polizeistunde eintritt, kann ich niemand bis 4 Uhr beschäftigt haben; ich habe niemals Pflegsfinder beschäftigt, bis auch niemals wegen solcher Übertretungen angeklagt oder verurteilt worden.

Abg. Klodt-Adlershof (Soz.):

In einer Berliner Bezirksversammlung ist tatsächlich festgestellt worden, daß beim Gastwirt Paul Hoffmann ein Schulmädchen bis nach 11 Uhr abends beschäftigt wurde und am nächsten Tage wegen Übermüdung dem Unterricht nicht zu folgen vermochte (Hör! Hör!). Der Degenent hat wegen Verletzung des Kinderschutzgesetzes Strafantrag gestellt; über den Ausgang ist noch nichts bekannt.

Unter steigender Aufregung und wachsendem Lärm im ganzen Hause führt

Abg. Paul Hoffmann seine Verteidigung weiter. Das betr. Schulmädchen habe sich während der Schulferien bei seiner Frau zu Handreichungen angeboten, sei auch angenommen aber niemals in der behaupteten Weise beschäftigt oder ausgebeutet worden. Es handle sich hier um eine von politisch interessierter Seite erstattete Anzeige. Er (Redner) sei zu der Zeit nicht in Berlin gewesen.

Die Aufregung im Saale legt sich nur langsam. Die ergangenen Verordnungen und Ausführungsanweisungen werden genehmigt bzw. durch Kenntnisnahme für erledigt erklärt.

Das Haus geht über zur Fortsetzung der Beratung des Haushalts der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Abg. Franz-Oberschlesien (Soz.):

Die Lage der Bergarbeiter in Oberschlesien ist eine besonders gedrückte. Hätten die Arbeitgeber nur ein wenig guten Willen gehabt, für den Ausbau der Betriebe zu sorgen, so würden auch die Leistungen nicht so rückständig sein — sie haben erst etwa 85 Proz. des Friedensstandes erreicht. Von unterernährten kranken Männern kann man nicht die gleichen Leistungen verlangen, die kräftige gesunde Leute vollbringen. Die Hauptschuld liegt aber beim Unternehmer, auch soweit es vom Staat repräsentiert wird. Die fortwährenden Lohnkämpfe bedauern auch wir; aber sie haben nicht etwa darin ihre Ursache, daß die Arbeiterschaft an das Leben zu große Ansprüche stellt, und sich sozialistische Bedürfnisse angeeignet hat, wie Herr v. Waldhausen meinte. Dazu sind die Löhne ohnehin niedrig, und die besserbezahlten Hauer bilden nur 15 Proz. der Gesamtbelegschaft. Das oberstelektische Industriegebiet weist

unter 100 Kindern 75 unterernährte

auf! Die Streiks in Oberschlesien waren zum Teil die Folge von Übergriffen bewaffneter Trupps, die die Verfassung zu Beschlagnahmeversammlungen gaben, was wiederum dazu führte, daß ein

Teil der Bergarbeiter nicht pünktlich einfuhr — worauf dann die Maßregelung erfolgte. Die Arbeitgeber dort sind durchaus Gegner des Schlichtungsverfahrens und erklären das ganze Arbeitsministerium für überflüssig. Schlichtsprüche werden von Arbeitgebern einfach nicht anerkannt und ignoriert. Die Arbeit im oberstelektischen Revier ist schwieriger als in anderen Gebieten, das beweist auch die hohe Unfallziffer. Das Unternehmertum in Oberschlesien vertritt den

Herrschaftspunkt in ganz besonderer Reinkultur,

auch nach dem Zeugnis hoher Beamter; es beachtet die Organisationen nur, wenn sie slavisch zu allem Ja sagen. Diese Ausnahmebehandlung der Arbeiterschaft muß aufhören. In das Lob des Grubenführersamts kann ich nicht vorbehaltlos einstimmen; die Unfallziffer ist in der Zeit seines Bestehens nicht herabgedrückt worden. Der kommunistischen Anträge haben sich tatsächlich die Antragsteller im Ausschuss nicht angenommen; im übrigen sind sie zum Teil direkt unfinnig. In den kommunistischen Flugblättern wird vielfach ganz direkt in der blutrünstigsten Weise zu Mord und Totschlag aufgefodert (Redner führt zahlreiche Beispiele an). Wer darauf den Rassenkampf führt, hat das Recht verweigert, sich zu beschweren, wenn Gewalt gegen ihn angewendet wird.

Nach einer Rede des Abg. Harsh (Z.) verläßt das Haus die Weiterberatung auf heute Donnerstag, 12 Uhr. Außerdem Steuernotverordnung, keine Vorlagen. Schluß 5 1/2 Uhr.

Sozialdemokratischer Landessteuerantrag.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Erschließung neuer Steuerquellen für Preußen fordert, daß

1. § 26 Abs. 2 der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 dahin abgeändert werde, daß das Aufkommen des im § 26 Abs. 1 geregelten Geldwertverteilungsausgleichs bei bebauten Grundstücken ausschließlich zur Förderung der Reu- bautätigkeit verwendet werde;

2. es Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) gestattet werde, zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs sowie des Aufwandes, der ihnen durch die Erfüllung der gemäß § 42 Abs. 1 dieses Gesetzes zu selbständiger Regelung übertragenen Aufgaben erwächst, Zuschläge zu der in Artikel II der zweiten Steuernotverordnung vom 19. Dezember 1923 geregelten Vermögenssteuer zu erheben.

Ferner soll dem Landtag unverzüglich der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über die Erhebung einer vorläufigen Steuer von Grundvermögen vom 14. Februar 1923 im Sinne der Einführung einer Grundvermögenssteuer unterbreitet werden.

Aus der Partei.

Sozialistische Kulturkonferenz in Leipzig.

Im Mittelpunkt der Leipziger Kulturwoche steht die für Dienstag, den 5. August, vormittags 9 Uhr, nach dem Kollegien-saal im neuen Rathaus einberufene sozialistische Kulturkonferenz, auf der folgende für das sozialistische Kulturleben bedeutsame Fragen behandelt werden:

1. Ziel und Inhalt sozialistischer Kulturarbeit. (Referent: Staatssekretär Heinrich Schulz.)
2. Das öffentliche Bildungswesen von Staat und Gemeinde. (Referent: Redakteur Dr. Lohmann.)
3. Die wissenschaftliche Arbeit des Sozialismus. (Referent: Engelbert Graf, Leiter des Bildungswesens des Deutschen Metallarbeiterverbandes.)
4. Sozialismus und Kunst. (Referent: Professor Leo Kestenberg.)

Zu dieser Kulturkonferenz können die Bezirksbildungsausschüsse bis zu drei Vertreter entsenden, die Unterbezirks- und Ortsbildungsausschüsse je einen Vertreter. Außerdem sind teilnahmeberechtigt die in den Gemeinden, bei Staats- und Reichsbehörden auf dem Gebiet des Bildungswesens tätigen sozialistischen Vertreter. Für sonstige Organisationen und Interessenten stehen eine Anzahl Gastkarten zur Verfügung.

Die Organisationen werden ersucht, sich möglichst stark an dieser Kulturkonferenz wie überhaupt an der Kulturwoche zu beteiligen. Anmeldungen sind zu richten an den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit (A. Weimann) Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Wegen der Quartierbeschaffung wende man sich an das Arbeiterbildungsinstitut in Leipzig, Braustraße 17.

Wetter für Berlin und Umgegend: Nach leichtem Gewitterregen etwas Abkühlung bei veränderlicher Bewölkung, mögliche westliche Winde. — Für Deutschland: Gestricheltes Gewitterregen, im Westen, dann auch im Osten Abkühlung.

SCHLUSS DES SAISON-AUSVERKAUFS

Montag, den 21. Juli, abends 7 Uhr

Jacketanzüge aus gemustertem Wadstein aus blauem und lachigen gemusterten Geweben Anzahl besser Konjektiv aus hell und dunkel gestreiftem Gewebe und Gewarblen-Stoffen, in vielen Mustern und Farbenstellungen, ebenso aus blauem Gewebe 52, 54, 56 Größe für Maß, aus prima reinwoletem Gewebe, Gewebe und Kammerhaken, und gemustert, in besser Verarbeitung, je nach Qualität und Art 75, 80, 85, 90, 95, 100	Gabardinemäntel aus baumwoll. Gabardine, unzerfetzt aus mol. Gabardine in vielen Farben und Jellon, beste Verarbeitung, je nach Art und Ausführung 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Wettermäntel codenmäntel für Herren, aus imprägniertem Strichloben in Regen- und Regenform je nach Stoff u. Art, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Samen-codenmäntel in modernen, geschmack- vollen Fassons 21, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Sport-, Geh- und Wirtschaftspolze Wirtschaftspolze, Stoffbesug mit Kunst- faserung und Kermelunterzug 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100 Gehspolze, Stoffbesug, schwarz Tuchlamina mit Kammfaserunterzug, Seel Electric-Hö- schaltragen, elegant verarbeitet von 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200 Sportspolze, Stoffbesug aus gemustertem Sammetzug mit Kammfaserunterzug und austral. Spinnstragen von 125, 130, 135, 140, 145, 150, 155, 160, 165, 170, 175, 180, 185, 190, 195, 200
Cutaway und Weste aus Watenge, schwarzem Gewebe und Felten in guter bis besser Qualität und Verar- beitung, je nach Stoff und Art 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Damenmäntel aus Tonal, Homespun, Gabardine u. anderen Stoffen, je nach moderne Formen, je nach Qualität und Art, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Jünglingsanzüge in Größen 38 bis 43 Jacketanzüge in geschmackvollen Mustern und Farbenstellungen, und aus blauem Gewebe und lamppartigen Stoffen, je nach Qualität und Art 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 100 Sportanzug aus Homespun u. and. Stoffen, je nach Art u. Qualität 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Winter-Unter u. -Paletots außergewöhnlich billig 42, 46, 50, 54, 58, 62, 66, 70, 74, 78, 82, 86, 90, 94, 98, 100 Unter aus sehr guten Stoffen und besser Verarbeitung 60, 64, 68, 72, 76, 80, 84, 88, 92, 96, 100
Ullster, Schlüpfer und Paletots Ullster aus zellulosem Stoff modern ge- arbeitet, je nach Stoff und Art 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Ullster in Wiedermeyer und Schlüpferform besserer Verarbeitung, aus guten Stoffen, je nach Art und Verarbeitung 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Paletots besserer Qualität in Watenge und Gowercoat 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Sportanzüge Sportanzug mit langer Hose, aus lazierten und Gabardine-Stoffen Touristen-Anzüge aus gemustertem Wadstein, zudem Wandleder und Homespunstoffen je nach Stoff und Art 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Strandanzüge aus zellulosem woll. Gewebe in eleganter Ausführung	Herren-Hosen Gehreiter Hosen, beste Qualität, in reichhaltige Musterauswahl 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Hosen besserer Qualität und Verarbeitung, in vielen schönen Streifenmustern, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Sport-Breecheshosen aus gutem, gemustertem Homespun 4, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Sport-Breecheshosen aus Wandleder, von 8, 90, 95, 100 Leinwandhosen in vorzüglicher Qualität, von 9, 90, 95, 100	Lederbekleidung Herrenlederhose in better Verarbeitung und schwarzem Leder, in abgeleitet Verarbeitung Herrenlederhose aus braunem Leder oder Chromleder, beide zweifelhafte Verarbeitung mit Kammfaser, für Auto und Motorrad Leder-Hose oder Kammfaser aus braunem Kappleder, mit schwarzem Halbleder ver- arbeitet, elegante Ausführung 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220
Gummimäntel verschiedene Qualitäten, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 75, 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 80, 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 85, 90, 95, 100 Gummimantel M. 90, 95, 100 Gummimantel M. 95, 100	Knaben- u. Burschenanzüge Stoffanzug in Jogger- und Blumentorn, in verschiedenen Farbenstellungen, Gr. 1/6 je nach Stoff und Art, 12, 15, 18, 21, 24, 27, 30, 33, 36, 39, 42, 45, 48, 51, 54, 57, 60, 63, 66, 69, 72, 75, 78, 81, 84, 87, 90, 93, 96, 99, 100 Jungen- u. Schülervanzüge mit Übertragen, aus blauem und lachigen Stoffen, in reich- haltiger Mustern und Kammfaser, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Wandanzüge aus Schilf, Jellon- u. Kamm- faser, in grau und grün, Gr. 1/6 4, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Knaben-Stiefeln, Größe 1 bis 6 von 1, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Sportanzüge aus Homespun, Striden- und anderen Stoffen, in reichhaltiger Auswahl, Gr. 7/12 27, 30, 33, 36, 39, 42, 45, 48, 51, 54, 57, 60, 63, 66, 69, 72, 75, 78, 81, 84, 87, 90, 93, 96, 99, 100	Lüster-, Waschbekleidung und Windjacken Lüsteranzüge 7, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken 4, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken in grauen u. grünen Farben von 4, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken mit Breeches oder langer Hose, von 9, 90, 95, 100 Schilfanzug in Sportform 13, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken f. Herren, a. imprägn. Stoffen, v. 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken f. Damen, je nach Form, von 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Lederbekleidung Herrenlederhose in better Verarbeitung und schwarzem Leder, in abgeleitet Verarbeitung Herrenlederhose aus braunem Leder oder Chromleder, beide zweifelhafte Verarbeitung mit Kammfaser, für Auto und Motorrad Leder-Hose oder Kammfaser aus braunem Kappleder, mit schwarzem Halbleder ver- arbeitet, elegante Ausführung 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220
Lüster-, Waschbekleidung und Windjacken Lüsteranzüge 7, 10, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken 4, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken in grauen u. grünen Farben von 4, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken mit Breeches oder langer Hose, von 9, 90, 95, 100 Schilfanzug in Sportform 13, 15, 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken f. Herren, a. imprägn. Stoffen, v. 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Windjacken f. Damen, je nach Form, von 20, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, 85, 90, 95, 100	Lederbekleidung Herrenlederhose in better Verarbeitung und schwarzem Leder, in abgeleitet Verarbeitung Herrenlederhose aus braunem Leder oder Chromleder, beide zweifelhafte Verarbeitung mit Kammfaser, für Auto und Motorrad Leder-Hose oder Kammfaser aus braunem Kappleder, mit schwarzem Halbleder ver- arbeitet, elegante Ausführung 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220	Leder- und Chauffeurkleidung Chauffeuranzug, bestehend aus Joppe und Breeches aus schwarzem Leder 95, 100 Chauffeuranzug aus schwarzem Leder, aus Wandleder, in better Verarbeitung 95, 100 Chauffeuranzug aus Kammfaser, mit Satin- streifen, elegant verarbeitet, 95, 100 Chauffeuranzug aus braunem Leder, in hervorragender Qualität, mit Stahl- oder Limette, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200 Chauffeuranzug aus grauem Leder, geblegene Verarbeitung 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100	

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge gegen Vorauszahlung der Beträge zurückl. 1. M. für Porto und Verpackung oder gegen Nachnahme

Baer Sohn A. G.

Eigene Kleiderwerke

In allen Waren sind auch Qualitäten höherer Preislagen vorrätig

Chausseestraße 29-30

Der Zerfall des Quecksilberatoms.

Vorläufige Mitteilung von Prof. A. Miethe.

Anfangs April dieses Jahres gelang es mir gemeinsam mit meinem Privatassistenten Dr. H. Stammreich, den Zerfall des Quecksilberatoms zu verwirklichen. Ich spreche ausdrücklich von einem Zerfall, nicht von Abbau oder Zerkümmern, um nichts über den bis jetzt noch ganz ungeklärten energetischen Verlauf des Vorgangs auszulassen. Der eine Baustein des Quecksilberatoms, Gold, wurde in analytisch nachweisbarer, wägbarer Menge — es handelt sich um Mengen von der Größenordnung eines hundertstel bis eines zehntel Milligramm — erhalten.

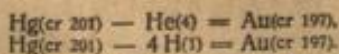
Bei der Unwahrscheinlichkeit des Vorgangs nach den jetzigen Vorstellungen mußten wir uns bis heute damit begnügen, die Tatsache selbst über allen Zweifel zu erheben. Die Langwierigkeit der einzelnen Versuche, mangelnde Mittel und Hilfskräfte sind die Ursache, daß wir heute nach drei Monaten nur eine vorläufige Mitteilung bringen können. Aus begrifflichen Gründen wollen wir diese aber nicht länger zurückhalten.

Die neue Erkenntnis wurde auf folgendem Wege gewonnen.

Seit Jahren befaße ich mich mit der Umfärbung bzw. Rückfärbung durchsichtiger Mineralen und Glasstücke unter der Wirkung ultravioletter bzw. langwelliger Strahlen. Hierbei wurden früher handelsübliche Quecksilberlampen benutzt. Im Juni 1923 lernte ich eine neue Quecksilberlampe des Herrn A. Jänike kennen, die einen helleren kontinuierlichen Grund des Spektrum liefert und mir für meine Untersuchungen daher sehr willkommen war. Das Elektrodenmaterial dieser Lampe kommuniziert mit der Luft. Bei näherer Untersuchung der Emission der Jänike-Lampe zusammen mit Herrn Stammreich im Winter 1924 fanden wir, was auch dem Hersteller der Lampe nicht entgangen war, daß sie bei zu hoher Belastung schnell altert und schwarze Innenbeschläge bildet, so daß die UV-Ausbeute ziemlich schnell zurückgeht. Wir vermuteten, daß das Quecksilber durch die Stromzuführungen (Kohle-Eisen) verunreinigt wurde, und Herr Jänike teilte uns mit, daß er beim Destillieren von Quecksilber aus alten Lampen Rückstände gefunden habe, deren chemische Natur festzustellen ihm nicht gelungen sei. Herr Jänike stellte uns bereitwillig eine Probe zur Verfügung und hat uns überhaupt bei unseren Arbeiten in uneigennützigster Weise dankenswert unterstützt.

Bei der Analyse eines Rückstandes von 5 Milligramm Dampfenquecksilber — etwa 0,5 Gramm — fanden wir in der amalgamartigen Masse außer zahlreichen anderen Verunreinigungen, die zum Teil wohl dem Ausgangsquecksilber angehaftet haben mögen, Gold.

Dieser Befund hätte vor zehn Jahren wohl kaum die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. Es hätte durchaus wahrscheinlich erscheinen müssen, daß das Ausgangsquecksilber — trotzdem es nach Jänikes Angaben doppelt destilliert worden war — diese seltene Verunreinigung enthalten habe. Damals war die Möglichkeit einer Umwandlung eines Elementes in ein anderes in die Kumpellammer menschlicher Strömer vertrieben. Heute dürfen wir an dieser Beobachtung nicht achtlos vorübergehen. Man darf ja folgende formale Gleichungen schreiben



Inmerhin erschien es nicht unmöglich, daß das Quecksilber, dessen Atomgewicht dem der radioaktiven Substanzen so nahe steht, unter bis dahin unbekanntem Bedingungen zum Zerfall zu bringen war. Dagegen sprachen allerdings Auffassungen, die bis jetzt unbestritten geblieben sind. Das geringe Voltgefälle und die aufgewandte Gesamtenergie in einem Quecksilberbogen — etwa 15 bis 20 Vcm bei unserer Anordnung — erschienen vollkommen unzureichend, um den Vorgang auch nur glaubhaft zu machen. Andererseits spricht nichts dagegen, daß das Quecksilber unter geeigneten Versuchsbedingungen aus dem normalen „metastabilen“ Zustand in einen „labilen“ gelangen kann.

Hierüber konnte nur der Versuch entscheiden, und das eindeutige Ergebnis zahlreicher Versuche war: das Quecksilberatom

zerfällt. Die gemählte Versuchsanordnung war folgende: Die benutzten Lampen haben das Gemeinsame, daß die Anode, wie vorher ausgeführt, mit der Luftluft kommuniziert; dadurch ist das Potentialgefälle wesentlich festgelegt. Es kam u. a. durch Ueberdruck gesteigert werden. Die Rohrweite beeinflusst das Potentialgefälle nur unbedeutend. Bei den erfolgreichen Versuchen arbeiteten wir stets mit einer Spannung von etwa 170 Volt an den Elektroden. Die Lampe verbrauchte dabei je nach Versuchsbedingungen 400 bis 2000 Watt. Der Strom wurde 20 bis 200 Stunden eingeschaltet.

Ohne genaueren Untersuchungen vorzugreifen, glauben wir jetzt annehmen zu dürfen, daß die Goldbildung ein gewisses Minimum von Spannung und Potentialgefälle erfordert. Damit steht die Tatsache im Einklang, daß wir in lang benutzten Quecksilberlampen des Handels keine Spur Gold nachweisen konnten. Ebenso müssen wir bis jetzt den negativen Ausfall einiger eigener Versuche im Sinne der Verwendung zu geringer Spannungen und Potentialgefälle deuten. Das Iotopenverhältnis kann hierfür wohl nicht in Betracht kommen.

Bei der prozentual immerhin minimalen Menge des gebildeten Goldes mußten wir — die gewöhnlichen Methoden des Goldnachweises sind nicht besonders sicher und scharf — weitgehende Vorsichtsmaßnahmen anwenden, um die Tatsache selbst über allen Zweifel zu erheben. Vestigia terrant.

Daher wurde das Ausgangsquecksilber in ebenso großen Mengen jedesmal den Analysen unterworfen wie das aus dem Versuch zur Verfügung stehende. Selbstverständlich wurde nachgewiesen, daß die Stromzuführungen usw. kein Gold enthielten. Das bei den entscheidenden Versuchen benutzte Quecksilber erwies sich nach Analysen von A. A. Hofmann übereinstimmend mit dem unsrigen als goldfrei. Auch die überaus verfeinerten analytischen Methoden, die bisher ausgebildet hat und die wir durch sein Entgegenkommen bei unserer Arbeit im Ergebnis verwenden durften, konnten kein Gold mit Sicherheit nachweisen. Nach dem Abschluß des Versuchs ergab dies Quecksilber den üblichen Goldgehalt.

Der Goldnachweis selbst, der an dem Rest des im Vakuum abdestillierten Quecksilbers geführt werden konnte, wurde folgendermaßen sichergestellt: Das Metall, das nach Lösen des letzten Quecksilbers in Salpetersäure zurückblieb, war goldgelb, bestand aus einem Agglomerat schön ausgebildeter, spiegelglänzender, würfelförmiger und oktaedrischer Kristalle. Das Metall, welches beim Abdampfen des Quecksilbers bei Rotglut zurückblieb, bestand nach dem Behandeln mit Salpetersäure aus zarten, und traubenförmigen Krusten von leuchtender Goldfarbe. Das Metall war in beiden Fällen geschmeidig unter dem Polierstahl und zeigte den Strich von Feingold. Nach doppelter Reflexion des Lichtes an der Oberfläche des geglätteten Metallhäutens zeigte sich die bekannte Reflexionsfarbe von Feingold. Die Lösung in Königswasser erfolgte leicht und ergab beim Abdampfen der Lösung Kristalle von Grundform und Habitus der Kristalle, die aus einer entsprechenden Lösung natürlichen Goldes gewonnen waren. Die Cassius-Probe verlief genau wie bei natürlichem Gold.

Eine Atomgewichtbestimmung war für uns ebensowenig ausführbar wie der Nachweis von Helium bzw. Wasserstoff oder einer Beta- und Alpha-Strahlung im Ofen. Diese Nachweise dürften aus einschlägigen Gründen sehr schwierig sein. Sie sind aber natürlich von der größten theoretischen Wichtigkeit.

Daß der gefundene Zerfall des Quecksilberatoms — wenigstens vorerst — keine wirtschaftliche Bedeutung hat, bedarf keiner Erwägung. Jeder Gedanke in dieser Richtung ist zum mindesten läh.

Eine Reihe von noch vollkommen ungeklärten Erscheinungen, die wir bei unseren Versuchen außerdem beobachteten, werden weiter verfolgt. Wir stehen, das wissen wir schon seit, vor einem sehr umfangreichen Tatsachenkomplex. Wir können natürlich nicht die Bitte aussprechen, um die Weiterverfolgung des Befundenen allein zu überlassen.

In Rußland steht die Ernte vor der Tür. Nach wie vor herrscht in wichtigen Landesteilen eine langende Dürre, wie sie Rußland seit 35 Jahren nicht gekannt hat. Sie erreicht mitunter 60 Grad Celsius. Am schlimmsten ist das von Deutschen stark besiedelte Wolgaga-Gebiet betroffen. Die Roggenbaufläche ist dort zu 75 Proz. verlegt, das vierte Hungerjahr kündigt sich an.

Obwohl auf Anordnung der zentralen statistischen Verwaltung die Lokalbehörden alle zehn Tage Berichte über den Saatstand einzuweisen haben, ist plötzlich nach den ersten Alarmberichten in der Sowjetpresse eine starke Zurückhaltung in dieser Frage zu beobachten. Es wird sogar versucht, die öffentliche Meinung in trügerischen Hoffnungen einzulullen. Der Presse ist verboten worden, in Zukunft andere als die von der zentralen statistischen Verwaltung ausgehenden offiziellen Berichte zu bringen. Alle Nachrichten und Telegramme über Ernteaussichten an Zeitungen müssen vor der Veröffentlichung dieser Behörde eingereicht werden.

Zu gleicher Zeit verbreitet die Russische Telegraphen-Agentur eine offizielle Meldung, die 200 Millionen Pud Getreide für die Ausfuhr würden unter allen Umständen bereitgestellt werden, da im Lande genug Vorräte aufgespeichert seien, um dem Hunger entgegenzutreten. Zur gleichzeitigen Verteilung dieser Vorräte soll eine Regierungskommission unter dem Vorsitz von Kowlow und unter Teilnahme von Krassin und anderen führenden Sowjetleuten ernannt worden sein. Außerdem läßt die Sowjetregierung in die Welt pochen, daß sie dank der geistigen Finanzlage, der erlangten Volkswirtschaft und des befriedigenden Zustandes der Verkehrsmittel einer Hungersgefahr leicht Herr werden würde. Der Zweck dieser Meldungen liegt auf der Hand. Ihr Inhalt trifft indessen nicht zu. Die Getreidevorräte sind nach den Hungerjahren 1921, 1922 und 1923 ganz besonders erschöpft, das Wirtschaftsleben steht mehr denn je: Fabriken werden geschlossen, der Absatz verringert sich zusehends, die Arbeitslosigkeit wächst. Andererseits mehren sich von Tag zu Tag die finanziellen Schwierigkeiten, und die Verkehrsmittel liegen noch schwerer darnieder. Die amtliche Versicherung, daß die Mithras dieses Jahres nur ein Fünftel der Anbaufläche im Vergleich zu der im Jahre 1921 getroffen habe, nämlich 5 Millionen Desjatinen mit einer Bevölkerungszahl von 5 Millionen Menschen, ist auch nur als Beruhigungspulver zu werten. Vorläufige Schätzungen berechnen vielmehr zu der Annahme, daß die diesjährige Weinernte der vom Jahre 1921 ungefahr gleichkommen wird. Die Sowjetregierung, die durch ihre Schönfärberei der Panikstimmung der Bevölkerung vorzubeugen sucht, gibt sich selbst nur zu gut Rechenschaft über die wirkliche Ausdehnung der Hungersgefahr. In vielen der von der Mithras betroffenen Gebieten hat sie die Ausfuhr des Getreides bereits verboten, und die „Brotde“ wird von Anträgen bestimmt, ob es nicht richtiger ist, die Ausfuhr

russischen Getreides vollständig zu sperren. Die Sowjetregierung trifft auch schon Maßnahmen, um den sich ankündigenden Unruhen unter den Bauern vorzubeugen und der kopflosen Flucht aus den Hungergebieten entgegenzutreten. Kommunistische Agitatoren, die mit den Verhältnissen einigermassen vertraut sind, wurden bereits in die Hungergebiete abgeleitet, um den Zerfall der kommunistischen Parteiorganisation zu verhindern und den drohenden Unruhen entgegenzuwirken. Das wirtschaftliche Zentralorgan der Sowjetregierung muß zugeben, daß in sehr vielen Orten eine äußerst gespannte Lage herrscht und die Lokalbehörden da und dort Militärabteilungen zur Bewachung der Brotlager anfordern. In einigen Gouvernements, darunter Astrachan und Jarzgin, sind bereits Bauernunruhen ausgebrochen, die zu Massenverhaftungen geführt haben. Die Zentralregierung hat dieser Gefahr gegenüber den Befehl erteilt, die Flucht der Bauern aus ihren Dörfern mit militärischen Mitteln zu verhindern.

Demnach ist die Befürchtung, daß Rußland die deutschen Getreidepreise im nächsten Jahre niederkonturrieren kann, gänzlich unberechtigt. Damit wird aber auch dieses Moment der Schußzöllner hinfällig.

Erbauliches von Grasverkäufen.

Aus Kreisen der landwirtschaftlichen Pächter erhalten wir folgende Zuschrift:

Seit Menschengedenken ist es in Nordwestdeutschland gebräuchlich, daß im Sommer die Grundeigentümer einen Teil des auf ihren Wiesen vorhandenen Grasses öffentlich meistbietend versteigern lassen. In diesen landwirtschaftlich stark bevölkerten Gegenden gibt es außer Arbeitern, Beamten, die sich eine Kuh halten, auch viele kleinere Landwirte, die zwar über Ackerland, nicht aber über genügend Wiesen verfügen. Diese sind zur Aufrechterhaltung ihres Rindviehbestandes gezwungen, größere Mengen Futtermittel, darunter auch Gras oder Heu, zuzukaufen. Daß bei derartigen Auktionen sich öfters äußerst bedenkliche Auswüchse bemerkbar machen, liegt auf der Hand. So gab es in der Vorkriegszeit auf allen Grasauktionen unentgeltlichen Schnaps. Aus diesem Grunde ging damals auch mancher nur zum Schnapsstrinken zur Auktion, allerdings nicht zum Schaden des Verkäufers, wie mancher glauben sollte. Unter der Einwirkung des Alkohols wurden im Kriege nicht nur die Reiterbataillone Afrikas auf die deutschen Gräben losgelassen, sondern im kaiserlichen Deutschland wußten die Grundeigentümer die Wirkungen des Schnapses auch bei ihren Grasverkäufen gebührend einzuschätzen. Wenn so ein Unbeteiligter nämlich die genügende Zahl Schnapsgläser geleert hatte, wurde er sehr müde, äußerst strecksüchtig und verläumte die Gelegenheiten nicht, seinem Nachbarn, mit welchem er vielleicht früher eine kleine Auseinandersetzung gehabt hatte, durch Ueberbietung — vielfach auf das Zwei- bis Dreifache des wirklichen Wertes — zu vertreiben. Der lachende Dritte aber war der Grundeigentümer, welcher seinen Freischnaps außerordentlich gut bezahlt bekam.

Auch in diesem Jahre ist es an vielen Stellen wieder zu unverantwortlich hohen Geboten auf Grasverkäufen gekommen. So wird aus den Kreisen Lübbes und Tecklenburg berichtet, daß an verschiedenen Orten die kleinen Leute auf Auktionen sich das Gras derart in die Höhe getrieben haben, daß ein Fuder Heu (etwa 15 Zentner) auf 60 bis 70 Mark kam. Wie widersinnig derartige Gebote sind, geht daraus hervor, daß man in den letzten Monaten gebündeltes Heu den Zentner für 2,50 bis 3 Mark kaufen konnte. Hier aber bieten die kleinen Leute bis zu 5 Mark pro Zentner und müssen außerdem noch das Gras schneiden, heuen und einsohen. Selbstverständlich soll die Mißgunst der beteiligten Bieter an derartigen Auswüchsen nicht abgeleugnet werden. Auf der anderen Seite muß doch einmal öffentlich auf derartige Mißstände hingewiesen werden, um zu zeigen, wozu die so viel gepriesene freie Wirtschaft in bezug auf Bodenrecht und Bodenverteilung führt. In diesen Fällen erhalten die Grundeigentümer ein arbeitsloses Einkommen von 200—300 Mark pro Hektar auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, wo von ja hunderte landwirtschaftlicher Seite in den letzten Wochen immer wieder behauptet wurde, daß man bei der Bewirtschaftung des Bodens noch Geld zücht. Auch gibt dieses Beispiel einen wertvollen Fingerzeig in bezug auf die Bestrebungen der Grundeigentümer, die Pachtbuchordnung als letzten Rest der Zwangswirtschaft zu beseitigen. Auch hier wird von den Grundeigentümern behauptet, die Pachtbuchgesetzgebung wirke produktionshemmend und müsse deswegen verschwinden. In Wirklichkeit wünschen aber die Verpächter nur deswegen ihr freies Verfügungsrecht über den Boden wieder zu erlangen, um nachher, ähnlich wie bei Grasverkäufen, den Boden öffentlich meistbietend versteigern zu können; da ist es wohl anzunehmen, daß in den dichtbevölkerten Gegenden Deutschlands sich ähnliche Auswüchse wie bei den Grasverkäufen bemerkbar machen würden.

Aus diesem Grunde darf der Pachtbuch für Grundstücke bis zu einer Aternahrung auf keinen Fall verschwinden, sondern muß im Gegenteil weiter ausgebaut werden, damit die ohnehin schon verarmte Bevölkerung Deutschlands nicht auch noch weiter durch das rücksichtslose Vorgehen der Grundeigentümer und Verpächter schwer geschädigt wird.

Die Goldnotenbank nach dem Dawes-Gutachten.

Das Organisationskomitee für die Goldnotenbank, die nach dem Dawes-Gutachten zu errichten ist, hat, wie wir bereits gemeldet haben, seine Arbeiten beendet und die notwendigen Gesetz- und Statutenentwürfe der Reparationskommission überreicht. Jetzt werden dazu Einzelheiten bekannt, aus denen hervorgeht, daß die Verhandlungen zwischen dem deutschen Delegierten Dr. Schacht und dem englischen Bevollmächtigten Bankier Anderson günstig und vollkommen reibungslos verlaufen sind. Die deutschen Entwürfe sind in ihren wesentlichen Punkten angenommen worden. Die Bank wird ihren Sitz in Berlin haben und ganz der heutigen Reichsbank entsprechen. Rein deutsch ist das Direktorium, es bedarf jedoch bei Entscheidungen der Zustimmung eines Generalkonvents, der aus sieben deutschen Vertretern und je einem Vertreter der USA, Frankreichs, Amerikas, Englands, Italiens, Frankreichs, Belgiens, Schveys und Holland, besteht. Als Präsident der Bank ist Reichsbankpräsident Dr. Schacht vorgesehen. Der Generalkonvent kann seine Beschlüsse nur mit einer Mehrheit von 10 Stimmen fassen. Die künftige Goldnotenbank soll vollkommen unabhängig vom Reich sein und erhält lediglich die Verpflichtung, der Reichsregierung bis zu 100 Millionen und der Eisenbahn und Post, die dann selbständige Aktiengesellschaften sein werden, bis zu 200 Millionen Mark an Krediten zur Verfügung zu stellen.

Außer der neuen Note, die den Namen Reichsmarknoten führen werden, und die bis zu 10 Mark hinuntergestuft werden, sollen auch Gold-, Silber- und Kupfermünzen ausgegeben werden. Der gesamte Geldumlauf wird etwas über 5 Milliarden Goldmark betragen, und zwar wird er sich zusammensetzen aus den 2 1/2 Milliarden Goldmarknoten, 2 1/2 Milliarden Reichsmarknoten

Wirtschaft

Starkes Anziehen der Großhandelspreise.

Die starke Preissteigerung am Getreidemarkt hat bereits zur Folge gehabt, daß das Gesamtniveau der Großhandelspreise in der letzten Woche sich wesentlich erhöht hat. Nach amtlicher Mitteilung hat die auf den Stichtag des 15. Juli berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes gegenüber dem Stande vom 8. Juli (112,0) im wesentlichen unter dem Einfluß der höheren Getreidepreise auf 117,3 oder um 4,7 v. H. angezogen. Von den Hauptgruppen stiegen in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 96,5 auf 104,7 oder um 8,5 v. H., davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 82,2 auf 94,2 oder um 14,6 v. H. Die Industriestoffe sind dagegen mit 140,8 (Vorwoche 141,0) nahezu unverändert, ebenso die Gruppe Kohle und Eisen mit 133,9 (134,0). Die Industriewaren erhöhten sich von 102,1 auf 109,1 oder um 6,9 v. H., während die Einfuhrwaren von 161,3 auf 158,1 oder um 2 v. H. nachgaben.

Droht eine Konkurrenz russischen Getreides?

Zu den stärksten Argumenten der Agrarier für die Schußzölle gehört die Behauptung, daß eine starke Konkurrenz billigen Getreides vom Osten her zu erwarten sei. Von Polen kann man hier absehen, da dessen Getreideüberschuß zu gering ist, um auf die Dauer wesentlich auf den deutschen Getreidemarkt zu wirken, zumal die Preise dort sich aller Voraussicht nach ebenfalls der gedehnten Weltmarktlage anpassen werden, je länger der Export anhält. Gegenwärtige Schieberangeboten können an dieser Gesamttendenz nichts ändern. Wichtiger ist die Frage, ob Rußland in nächster Zeit als ernsthafter Konkurrent am Weltgetreidemarkt auftreten wird. Die Frage ist um so dringender, als das Aufstauen des ersten russischen Exportgetreides im letzten Erntejahr tatsächlich eine gewisse Zurückhaltung am Weltmarkt bewirkt hat, weil sich zunächst die Stärke dieser neuen Konkurrenz nicht übersehen ließ. Die Aussichten der russischen Getreideernie und damit die Exportmöglichkeit Rußlands wird treffend beleuchtet durch eine Zuschrift von einem Kenner russischer Verhältnisse, der wir folgendes entnehmen.

